

**DIE MARXISTISCHE LENINISTISCHE GRUNDSAETZE
DES PROLETARISCHEN REVOLUTIONAEREN KAMPFES.**

Von

F. L. u. A. D_o_w_i_e_n.

Dritte Ausgabe

Zweites Heft:

D E R S C H A T Z .

Herausgegeben vom

KAMPFBUND ZUR BEFREIUNG DER ARBEITERKLASSE .

Wien
1936

Inhaltsverzeichnis
Zweites Heft.

II. D E R S T A A T .

Seite

- A.Jeder Staat ist Klassenstaat
- B.Der Ausbeuterstaat
- C.Der Staatsapparat
- D.Die Automatik des Staatsapparates und ihre Folgen
- E.Die Gliederung des Staatsapparates
- F.Der proletarische Staat
- G.Staatsform: Monarchie und Republik
- H.Die Formen der kapitalistischen Diktatur
 - I.Die verhüllte kapitalistische Diktatur (die "Demokratie")
 - II.Die offene kapitalistische Diktatur
 - 1.Die Militär-Polizeidiktatur
 - 2.Die bonapartistische Diktatur
 - 3.Die faschistische Diktatur
- I.Der Formwandel der kapitalistischen Diktatur
- K.Die Perspektiven der faschistischen Diktatur
- L.Lehren des Formwandels der Bourgeoisiediktatur
- M.Die Form der proletarischen Diktatur
- N.Formen der Schwindeldiktatur
- O.Vergänglichkeit des Staates

Zweites Heft.

S E R _ S T A A T .

A. JEDER STAAT IST KLASSENSTAAT.

Nur durch eine besondere Organisation vermag die herrschende Klasse ihre Klassenherrschaft zu behaupten: durch den Staat. Der Staat ist die Herrschaftsorganisation der herrschenden Klasse zum Behaupten ihrer Klassenherrschaft. Es gibt keinen Staat an sich, es gibt nur den Sklavenhalterstaat, den feudalen Staat, den kapitalistischen Staat, den proletarischen Staat, mit einem Wort: den Klassenstaat.

B. DER AUSBEUTERSTAAT.

Alle ausbeutenden Klassen (Sklavenherren, Fronherren, Kapitalisten) waren und sind immer eine verschwindende Minderheit gegenüber der Millionenmasse der von ihnen ausgebeuteten Unterdrückten. Nur mittels ihrer Staatsmaschine vermochten und vermögen sie ihre Klassenherrschaft aufrecht zu erhalten.

Alle Ausbeuterklassen, alle, die ihr Geschäft besorgen (wie Faschisten, Bonapartisten, kleinbürgerliche Demokratie, Sozialdemokratie, Stalinpartei usw.), suchen den Klassencharakter des Staates zu verwischen.

So täuscht das Bürgertum vor, der Staat sei die Organisation aller auf einem bestimmten Gebiete wohnender Menschen, die Organisation der "Gesamtheit", der "Allgemeinheit", des "Volkes" zur Besorgung der "gemeinsamen" Angelegenheiten.

Die Sozialdemokratie übernimmt diese Schwindelerien und ergänzt sie durch andere, wie "Volksstaat", "Volksrepublik", "Unser Staat", "Unsere Republik", "Unser Land", "Unsere Wirtschaft", "Unser Volk", "Unsere Heimat" usw. Auch die Stalinbürokratie kommt mit ähnlichen Formeln (siehe Frankreich und CSR). All dieser Schwindel hat den Zweck, die Ausgebeuteten, Geknechteten in williger Unterordnung unter der kapitalistischen Herrschaft zu erhalten. Durch das Verschleiern des kapitalistischen Klassencharakters der demokratischen Republik, des Staates überhaupt, hat die Sozialdemokratie dem Faschismus den Vormarsch wesentlich erleichtert.

Seit der Feberkatastrophe ruft die SP: "Gegen den faschistischen Staat!" Ihre gesamten Anstrengungen gehen jetzt dahin, die Bourgeoisie zu zwingen, vom faschistischen Kurs abzulassen und mit der Sozialdemokratie auf dem Boden eines nichtfaschistisch-kapitalistischen Staates zusammenzuarbeiten. Nach wie vor bewegt sich die sozialdemokratische Grundlinie auch heute auf dem Boden des kapitalistischen Staates. Denselben Boden betritt immer mehr auch die Stalinbürokratie.

Alle Staaten sind entstanden durch Gewalt. Dass die Ausbeuter die Errichtung ihres Staates, dessen Verfassung untereinander vereinbaren, ist vorgekommen, kommt auch heute vor. Doch dass die Ausbeuter das mit den Ausgebeuteten vereinbaren, Sklavenherren mit Sklaven, Fronherren mit Leib-eigenen, Kapitalisten mit Lohnarbeitern, das ist niemals vorgekommen, kommt nicht vor, wird niemals vorkommen.

An eine solches Märchen glaubten die Demokraten des Frankfurter Parlaments und führten eben dadurch die demokratische Revolution von 1848 in den Abgrund. Trotz dieser blutigen Erfahrung hat 70 Jahre später die Sozialdemokratie das Proletariat mit demselben Märchen betrogen (Österreichische Verfassung von 1918/19/20, Weimarer Verfassung) und führte eben dadurch die proletarische Revolution in den Abgrund. So wie 1848 die Frankfurter Helden, so vereinbarten 1918/20 die sozialdemokratischen Kleinbürger mit den Ausbeutern eine Verfassung und so wie damals liessen sie es bei der blossen Änderung der Papierverfassung, ohne die wirkliche Verfassung zu ändern.

Den Marxismus haben die sozialdemokratischen Philister nie begriffen. Aber sie verstanden nicht einmal Lassalle, der bei allen Schwächen doch ein ganzer Kerl war, ein konsequenter demokratischer Revolutionär, der seinen berühmten Vortrag über Verfassungswesen im Jahre 1862 in folgenden Worten zugespitzt hat: "Die Fürsten, meine Herren, sind viel besser bedient, als Sie! Die Diener der Fürsten sind keine Schönredner, wie es die Diener des Volkes oft sind; ber es sind praktische Leute, die den Instinkt haben, worauf es ankommt..... Sehen Sie, meine Herren, den Biegten entwaffnen, das ist die Hauptzache für den Sieger, wenn man nicht will, dass sich der Kampf jeden Augenblick erneuern soll..... Von allem diesem, meine Herren, ist im Frühjahr, im Sommer 1848 nichts geschehen und können Sie sich darüber wundern, wenn die Märzrevolution im November 1848 wieder rückgängig gemacht wurde und resultlos blieb? Gewiss nicht, es war dies eben eine notwendige Folge, davon dass jede Änderung der reellen Machtverhältnisse unterblieb..... Halten Sie diesen Vortrag fest, und wenn Sie, meine Herren, enn Sie je wieder in die Lage kommen, sich eine Verfassung

zu geben, wissen Sie, wie man da zu verfahren hat und wie nicht, dass mit dem Vollschriften eines Blattes Papier nichts, sondern nur damit etwas getan ist, wenn man die tatsächlichen Machtverhältnisse ändert!"

Welch ein vernichtendes Urteil über Sozialdemokratie, vorweg genommen von Lassalle im Jahre 1862! Nicht nur nicht als proletarische Revolutionäre, sondern nicht einmal als Demokraten erwiesen sich die sozialdemokratischen Helden von 1918. Sie waren schon damals blos Papierdemokraten und blieben es durch die ganzen Jahre. --

Jeder Staat ist Diktatur, d.h. aus dem einseitigen Willen der herrschenden Klassen den beherrschten Klassen auferlegte Herrschaft.

Das gilt selbstverständlich auch vom proletarischen Staat. Er ist "revolutionäre Diktatur", d.h. die Macht, die sich unmittelbar auf die revolutionäre Eroberung und unmittelbare Initiative der Volksmassen von unten stützt und nicht auf das Gesetz, das von der kapitalistischen Staatsgewalt gegeben wurde" (Lenin). Nicht durch seinen diktatorischen Charakter unterscheidet sich der proletarische vom kapitalistischen Staat, sondern dadurch: die Diktatur des Proletariats ist die Diktatur der ausgebeuteten Millionenmassen, also der Überlegenen Mehrheit über die ausbeutende Minderheit - die Diktatur der Bourgeoisie ist die Diktatur der ausbeutenden Minderheit über die gewaltige Mehrheit der Ausgebeuteten.

C. DER STAATSAPPARAT.

Ihren Staatszweck, die Herrschaft zu behaupten, erreicht jede herrschende Klasse durch den klassenmässigen Aufbau der Staatsgewalt.

Wenn die herrschende Klasse könnte, würde sie ihre Herrschaftsorganisationen ausschließlich aus Angehörigen ihrer Klasse bilden, und zwar den verlässlichsten, zielbewusstesten und fähigsten. Allein dazu ist sie während mässig viel zu schwach. Sie ist immer mehr gezwungen, Angehörige anderer Klassen, Kleinbürger, Kleinbauern und selbst Proletarier in die Staatsmaschine einzubauen, oft in grosser Zahl. Dennoch muss der Staatsapparat für sie klassenmässig verlässlich sein und bleiben. Eine solche Staatsmaschine aufzubauen, sie dauernd in klassenmässiger Verlässlichkeit zu erhalten, ist eine Hauptförderung der politischen Kunst.

Der Staatsapparat gleicht einem dichten Netz, das, aus Stahl und doch elastisch, über das ganze Staatsgebiet gestülpt ist, vielfach darüber hinaus. Nicht alle Punkte dieses Netzes sind gleich wichtig. Die Kommandohäfen und die wichtigsten Knotenpunkte besetzt die Bourgeoisie mit rein kapitalistischen Elementen. Für alle andern Knotenpunkte und Glieder prüft sie genau den Grad der dafür nötigen Verlässlichkeit. Dem entspricht eine planmässige Auslese beim Besetzen dieser Stellen aus dem Bestande anderer Klassen. Sorgfältig prüft die herrschende Klasse die Klassenbeziehungen aller Kandidaten: ob aus kleinbürgerlicher, kleinerlicher, proletarischer Familie; welche Nationalität, Vermögenslage, Bildungsstufe, Beziehungen, Verkehr, Einstellung usw. Planmäßig werden die Ausgelesenen bei sorgfältigem Berücksichtigen und Ausnutzen aller Unterschiede und Spannungen verteilt, vermischt, um die in der Zugehörigkeit zu anderen Klassen liegenden Gefahren möglichst zu vermindern.

Dann werden alle diese Köpfe planmäßig bearbeitet, geknetet, immunisiert in Kadetten-, Polizei-, Gendarmerie-Schulen, Kursen und dergl., um sie ihrer Klasse zu entfremden, für die Herrschenden gegen die Beherrschten einzustellen.

Besonders gründlich war der Staatsapparat der Österreichisch-ungarischen Monarchie gemischt. So hatte im Weltkrieg fast jedes Regiment so und so viele Deutsche, Tschechen, Polen, Ruthenen usw. Dazu kam die höhere Mischung schon im Frieden: Bosniaken nach Wien, Wiener nach Bosnien. Wo keine Möglichkeit zur nationalen Mischung, wie im neuen Österreich, da wird nach sozialen und kulturellen Gesichtspunkten gemischt: Bauerentruppen nach Wien, die der Arbeiterschaft entstammenden Soldaten, aufgeteilt auf die agrarischen Bataillone, werden in die Agrargebiete stationiert.

Zu all dem kommt noch die andauernde organisierte Kontrolle der klassenmässigen Verlässlichkeit aller Glieder der Staatsmaschine.

Gruppen von besonderer Wichtigkeit, wie der Generalstab, die Staatspolizei und Spezialtruppen, die als letzter Rückhalt gegen den Staatsapparat selbst dienen sollen, werden nach strengster Klassenmässigkeit zusammengesetzt.

Angesichts des nahenden zweiten imperialistischen Weltkriegs trifft die Bourgeoisie neue Vorkehrungen zur Sicherstellung der klassenmässigen Verlässlichkeit ihrer Staatsmaschine. Die Mechanik des imperialistischen Krieges zwingt sie, die Mobilisierung der grossen Massenheere vorzubereiten, im Kriegsfalle durchzuführen. Doch zugleich fürchtet sie diese Massenheere noch mehr als 1914/1918. Nicht mit Unrecht nimmt sie an, dass die revolutionären Kämpfe seit 1917 in den Massen Erfahrungen zurückgelassen haben, die den zweiten Weltkrieg zu einem noch viel grösseren Wagnis für die Kapitalisten machen als den ersten. In allen kapitalistischen Staaten

ten werden daher die Kaders der Berufsoffiziere und Berufsunteroffiziere wesentlich vergrössert, um damit das Massenheer viel stärker als bisher zu durchsetzen. Ferner werden von den grossen Raubstaaten Spezialarmeen aufgestellt, ausschliesslich aus Berufssoldäten bestehend, aufs allermoderneste ausgerüstet, durchwegs motorisiert, um aufs schnellste an einen gewünschten Punkt geworfen werden zu können.

In Frankreich z.B. ist eine solche Spezialarmee in der Stärke von sechs Divisionen aufgestellt; scheinbar gegen den "äusseren Feind", sind diese Spezialarmeen in Wirklichkeit gegen den "inneren Feind" gerichtet. Sie sollen luftaufnehmende Meutereien im Massenheere, nötigenfall auch Rebellionen der Massen im Hinterlande blitzschnell im Keime ersticken. Derartige Vorbereitungen im kleinen Massstab treffen auch die kleineren Staaten, Selbst die Österreichische Bourgeoisie schuf sich motorisierte Polizei- und Gendarmerie-Abteilungen.

D.DIE AUTOMATIK DES STAATSAPPARATES UND IHRE FOLGEN.

Vermöge seines klassenmässigen Aufbaues wirkt, treibt, stösst, hindert der Staatsapparat selbsttätig immer wieder im Sinne der herrschenden Klasse. Die schönsten demokratischen, ja selbst sozialistischen Gesetze ändern daran gar nichts. Sie sind und bleiben ein Stück Papier; die täglich, stündlich eingreifende kapitalistische Staatsmaschine ist und bleibt die lebendige Wirklichkeit. Dieser Maschine eine demokratische oder selbst sozialistische, ja sogar kommunistische Spitze geben, ändert gar nichts an ihrem klassenmässigen Aufbau, in ihrem kapitalistischen Wirken.

Im Wahlkampf kann man die Köpfe klären, kann grosse propagandistische Arbeiten leisten, kann die Massen mobilisieren. Aus dem Wahlergebnis kann bis zu einem gewissen Grade auf die Stimmung der Massen schliessen, und doch: kein Stimmzettelsieg vermag etwas zu ändern am klassenmässigen Aufbau des Staatsapparates, am Klassencharakter des Staates.

Niemals kann die Arbeiterklasse den Staat, die (kapitalistische) Staatsmacht "erobern", niemals kann sie sich des (kapitalistischen) Staatsapparates "bemächtigen". 1918 hat die SP die Deutsch-Eldersch an die Spitze von Heer und Polizei gesetzt, die Renner-Bauer fabrizierten schöne Papiergesetze, die Adler-Seitz gaben ihren "sozialistischen" Segen: die Katastrophen von 1934 war die Antwort darauf.

Allein diese Antwort haben die Arbeiter schon 1871 bekommen, beim Sturz der Kommune. Kein geringerer als Marx hat diese entscheidende Erfahrung umgedrängt in das Grundprinzip der marxistischen Staatslehre. Die Arbeiterklasse kann den kapitalistischen Staat nicht erobern, sie kann sich der kapitalistischen Staatsmaschine nicht bemächtigen; um seine Macht aufzurichten, muss das Proletariat die kapitalistische Staatsmaschine zertrümmern und seinen eigenen Staatsapparat aufbauen: die proletarische Armee, die Arbeiter-Polizei, die Arbeiter-Gendarmerie, die revolutionären Tribunale, den proletarischen Verwaltungsaarapparat usw., mit einem Wort: den proletarischen Staatsapparat. ("Die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen". Marx, der Bürgerkrieg in Frankreich 1871).

Das schliesst nicht aus, sondern schliesst in sich ein, dass die siegreiche Arbeiterklasse einzelne dieser Trümmer, vollkommen aus ihrem bisherigen Zusammenhang herausgerissen, da und dort beim Aufbau der proletarischen Staatsmaschine verwendet. Schon darum, weil das Proletariat nach tausendjähriger Knechtschaft Zeit braucht, um die zum Besetzen des Staatsapparates nötigen proletarischen Kräfte mit den dazu notwendigen Fähigkeiten aus sich herauszubilden.

Niemals lässt die herrschende Klasse ihren Staatsapparat freiwillig zertrümmern oder auch nur allmähhlich sich aus der Hand nehmen. Keine noch so schönen Reden, keine noch so "klugen" Schriften, keine Stimmzettel, keine Propaganda, keine Resolutionen, keine Gesetze können sie jemals dazu veranlassen. Jede herrschende Klasse verteidigt ihren Klassenstaat, ihre Staatsmacht auf Tod und Leben.

Nur durch die proletarische Revolution, nur durch die revolutionäre Massenaktion, nur durch den siegreichen bewaffneten Aufstand ist die Arbeiterklasse imstande, die kapitalistische Diktatur zu zertrümmern und die proletarische Diktatur aufzurichten.

Umgekehrt gilt dasselbe auch vom proletarischen Staat. Die stalinische Entartung, Reaktion höhlt den proletarischen Klassencharakter des Staatsapparates, des Sowjetsstaates aus. Allein nur die gewaltsame Aktion der Bourgeoisie, nur die Gegenrevolution kann den Apparat des proletarischen Staates zertrümmern und die kapitalistische Diktatur wieder aufrichten. Jene, die ob der stalinischen Entartung des Sowjetapparates verzweifelnd den proletarischen Charakter der Sowjetrepublik bestreiten, mögen sie es noch so ehrlich meinen, mögen sie sich noch so "links" vorkommen, beziehen in Wirklichkeit in der praktischen Auswirkung ihrer Einstellung eine gegenrevolutionäre Position.

Der blosse Wechsel in den Spitzen und in den wichtigsten Knotenpunkten genügt, wenn Schichten der herrschenden Klasse selbst einander in der Staatsmacht ablösen. Siehe z.B. die Umgruppierungen, so oft republikanische und demokratische Partei in den Vereinigten Staaten von Nordamerika einander ablösen. So hat selbst der Umsturz in Deutschland und Österreich 1918/20 trotz aller personellen Verschiebungen keine Veränderungen im klassenmässigen Aufbau der deutschen und österreichischen Staatsmaschinen gebracht. Sie waren kapitalistisch als "Demokratie", sie sind kapitalistisch als faschistische oder bonapartistische Staatsmaschinen. Am deutlichsten zu sehen bei Polizei, Gendarmerie, Heer.

Darum ist die Formel in der Prinzipienerklärung der "Vereinigten sozialistischen Parteien Österreichs" (Herbst 1934) besonders verlogen, die da lautet: "Zertrümmerung des faschistischen und Aufbau des sozialistischen Staatsapparates!" Warum nicht Zertrümmerung des kapitalistischen Staatsapparates?! Warum nicht Aufbau des proletarischen Staatsapparates?!

Das ist kein bloses Spiel mit Worten! Da geht es nicht um Vergesslichkeit! In dieser Formulierung verbirgt sich der grosse Betrug der bankrotten Sozialdemokratie, die den Arbeitern vorspiegelt, für die "Diktatur des Proletariats" zu kämpfen, während sie sie in Wirklichkeit einfangen will, um durch Ausnützen der Kampfkraft der Arbeiter die faschistisch-kapitalistische Staatsmaschine durch die demokratisch-kapitalistische zu ersetzen.

Bei allen Schwächen in der grundlegenden Frage der Partei hat Revolutionäre Linke 1919/20 mit Recht in den Brennpunkt des Kampfes die Lösung gestellt: 6000 klassenbewusste Arbeiter hinein in die Wiener Polizei, 3000 in die Gendarmerie! Entfernung der Polizei- und Gendarmerieoffiziere, Besetzung dieser Stellen mit dem Proletariat ergebenen Männern!

Wenn kleinbürgerliche Schichten, kleinbürgerliche Parteien, kleinbürgerliche "sozialistischen" ("kommunistischen") Parteien die Staatsmacht in den Schoss fällt, so begnügen sie sich, die Spitzen und die wichtigsten Knotenpunkte der Staatsmaschine auszuwechseln. So handeln alle sozialdemokratischen Parteien, so handelte 1918/20 auch die SP. Vom proletarischen Klassenstandpunkte war es ein Verrat, dass die SP 1918/20 den kapitalistischen Staatsapparat, statt ihn vollkommen umzukrempeln, klassenmäßig unangestossen liess. Vom Standpunkte der kleinbürgerlichen Interessen, die sie in Wirklichkeit verfücht, vom Standpunkte der verkleinbürgerlichten Arbeitersklavokratie, Arbeiteraristokratie und der mit diesen verfilzten kleinbürgerlichen Schichten hatte die SP recht gehandelt, dass sie den kapitalistischen Klassencharakter des Staatsapparates beibehielt.

So liess die Sozialdemokratie 1918/20 z.B. die so wichtige Polizei so, wie sie war. Mehr noch: unter dem sozialdemokratischen Innenminister Eldersch, mit Wissen und Zustimmung der SP, wurde die Wiener Polizei um mehrere Tausende agrarischer Elemente vermehrt. Gleichzeitig wurde die Aufnahme von klassenbewussten, revolutionären Arbeitern, ja von Arbeitern überhaupt, vollkommen bewusst verhindert. Dieselbe SP hat die aus dem Felde heimkehrenden Arbeiter-Soldaten entwaffnet. Zugleich aber hat sie unter dem Vorwand "Für Flurschutz und Feldschutz!" die Waffen geliefert zum Aufrüsten der "Heimwehren", die die Bourgeoisie damals schon aufzustellen begonnen hat. So hat die Sozialdemokratie schon 1918/20 den Boden gründlich vorbereitet für die Gegenrevolution, für die Katastrophe von 1934 und für den Faschismus.

In der Wehrmacht hatte die SP angesichts der revolutionär gestimmten Soldaten und Soldatenräte die Hände nicht frei. Der Bourgeoisie war die "rote Soldatenwirtschaft" ein Dorn im Auge, sie hätte sie am liebsten mit einem Ruck beseitigt. Mit dem Beseitigen war die SP einverstanden, nur nicht mit dem Ruck. Sie wollte die Arbeiter "nicht beunruhigen", sie wollte so vorgehen, dass die Massen nicht markten und weiter in der Gefolgenschaft der SP bleiben. Also ging sie langsamer, schlauer zu Werke. Die Kommandogewalt überliess sie den alten Offizieren. Zum Augenauswischen ernannte sie aus dem Mannschaftsstand eine Handvoll Volkswehroffiziere in gut demokratischer Weise: ein Drittel möglichst in sozialdemokratischen Illusionen fahrene Arbeiter, ein Drittel Christlichsoziale, ein Drittel Grossdeutsche. In Soldatenräten nahm sie jeden Einfluss auf die Kommandogewalt des kapitalistischen Offizierskorps, verwandelte sie in Organe der Menagekontrolle und zerstörte sie schliesslich durch Korruption mittels Ämtern und dergl. Schliesslich zerriss sie die durch starke revolutionäre Kammeradschaft zusammengehaltenen Volkswehrbataillone in kleinste Fetzen, formierte aus den untereinander zusammenhanglosen Fetzen die neuen Bataillone, schob überall junge, unerfahrene Mannschaften hinein und unterstellte diese neue Wehrmacht nun dem von jetzt an mit erhöhter Straf- und Disziplinargewalt ausgestatteten kapitalistischen Offizierskorps.

Am Justiz-, am Verwaltungs-, ja selbst am Gemeindeapparat der Stadt Wien hat sie überhaupt nichts geändert.

Das Selbstlob, welches sich die SP durch die ganzen Jahre in Be-

- 5 -

zug auf die Volkswehr und dann in Bezug auf die nachfolgende neue Wehrmacht sehr fleissig gespendet hat - siehe die Geschichtsklitterungen der Deutsch, Bauer, Adler & Co über die Geschichte der österreichischen Revolution - stinkt. In Wahrheit bewies sie auch hier jene "weise Selbstbeschränkung", deren sie sich so oft gerühmt. Was in der Wehrmacht in revolutionären Sinne erreicht wurde, es wurde von den revolutionär gestimmten Soldaten und Soldatenräten im wahren Sinne des Wortes erkämpft gegen die Sozialdemokratie, die es sich zur höchsten Aufgabe machte, diese revolutionären Ergebnisse hinterher möglichst schnell zu besiegen. Vollkommen bewusst, mit planmässiger Schläue hat die SP die proletarisch-revolutionären Positionen in der Wehrmacht liquidiert. Sie wollte keine proletarisch-revolutionäre Wehrmacht, sie wollte nur eine "republikanische", nämlich republikanisch-kapitalistische. Das Ergebnis war die Februarzustrohre 1934.

Keine "Fehler" hat die SP begangen. Sie wollte die Koalition mit der Kapitalistenklasse. Folglich konnte sie nicht wollen und wollte sie nicht die proletarische Wehrmacht. Folglich musste sie wollen und wollte sie eine Wehrmacht, die die Koalition mit dem Klassenfeind der Arbeiter ermöglichte, also - eine der Bourgeoisie genehmte Wehrmacht. Vor allem aber: Die Sozialdemokratie wollte die proletarische Revolution nicht entfalten, sondern ersticken. Das Weiterbestehen einer Wehrmacht mit revolutionären Soldatenräten als Kontrollorgane der Kommandogewalt, dazu noch einige Tausend klassenbewusster Arbeiter in Polizei und Gendarmerie, das hätte unvermeidlich zum Weitergehen, zum Entfalten der proletarischen Revolution geführt. Die kleinbürgerliche SP wollte jedoch nicht die Arbeiterrevolution, nicht das Aufrichten der Arbeitermacht, sondern sie wollte den kleinbürgerlichen Anteil an der kapitalistischen Macht und Schlüssel, die Koalition, mit einem Wort, sie wollte nur die kleinbürgerliche Revolution. Die Arbeiter lullte sie ein mit dem betrügerischen Trost: "Der sozialdemokratische Weg führt zwar langsamer, aber mit viel geringeren Opfern zum Sozialismus". Nur unter der Grundbedingung, dass in der kapitalistischen Klassenzusammensetzung ihres Staatsapparates nichts geändert wird, schliesst die Bourgeoisie eine Koalition mit kleinbürgerlichen "sozialistischen" ("kommunistischen") Parteien (Menschewiken, Sozialrevolutionären, Sozialdemokratie, Stalinpartei).

Es ist die klassenmässige Zusammensetzung der kapitalistischen Staatsmaschine, die durch ihre Automatik zwangsläufig jede Koalition gegen die Arbeiterklasse kehrt und kehren muss.

E. DIE GLIEDERUNG DES STAATSAPPARATES.

Heer, Polizei, Gendarmerie, Justiz, Geheimer Dienst (offensiver und defensiver Nachrichtendienst, Kundschaftsdienst, Femeorganisation) bilden den eigentlichen staatlichen Machtapparat. Er dient ausschliesslich den Machtzwecken der herrschenden Klasse.

Der staatliche Verwaltungsapparat umfasst die wirtschaftliche Verwaltung (Banken, Industrie, Landwirtschaft, Gewerbe, Handel), die Verkehrsverwaltung (Eisenbahn, Schiffahrt, Straßen, Auto, Post, Telegraph, Telefon, Radio, Flugdienst usw.), Schul-, Gesundheits-, Soziale Verwaltung usw. Die zentrale Achse des Verwaltungsapparates bildet der Hoheitsapparat, von den Bezirkshauptmannschaften bis zu den Ministerien.

Der Verwaltungsapparat dient in erster Linie Machtzwecken der Herrschenden, in zweiter Linie Profitzwecken der Ausbeuter; in dritter Linie soll er mittels gewisser Vorteile möglichst grosse Massen der Mittelklasse hinter der Bourgeoisie halten; in vierter Linie soll er durch Brosse selbst Teile des Proletariats hinter die Bourgeoisie ziehen.

Der Immunisierungsapparat (Kirche, Schule, Presse, Theater, Kino, usw.) hat zur Aufgabe, das Fühlen und Denken der Ausgebeuteten, Unterdrückten auf der kapitalistischen Linie zu halten.

Die Kirche, auch die international organisierte katholische, ist überall tatsächlich ein Stück der kapitalistischen Staatsmaschine, bestimmt zum Chloroformieren der Hirne der Massen.

Die kapitalistische Schule richtet die Kinder der Ausgebeuteten so weit ab, dass sie in den Fabriken und Büros taugliche Ausbeutungsobjekte abgeben. Zugleich trichtert sie ihnen ein, im Kapitalismus, im "Staat" (im kapitalistischen nämlich) die einzige mögliche ewige Ordnung zu sehen, der sie sich im eigenen Interesse unterordnen müssten.

Die kapitalistische Presse, unterstützt von dem Blätterwald der kapitalistischen Lakaien aller Richtungen (das ist von der faschistischen, bonapartistischen, demokratischen, sozialdemokratischen, stalinistischen, anarchistischen Presse) unterschlägt oder entstellt den Massen möglichst alle Nachrichten, die der kapitalistischen Herrschaft ernstlich gefährlich, der proletarischen Revolution nützlich sind. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Massen planmäßig ab auf Nebensachen, auf Tratsch, Klatsch, Unterhaltungen, sexuelle, kriminelle und sonstige Sensationen, Skandale aller Art, auf Sport usw. - kurz, sie betreibt unter allen möglichen Formen und Masken unablässig das kapitalistische Irreführen der Massen. In dieselbe Richtung

wirken auch Kino, Radio, usw.

Die Regierung ist die auswechselbare Spitze des ganzen Staatsapparates. Sie wird von der herrschenden Klasse auf dem Weg über deren Partei (Parteien) eingesetzt. Die Regierung lenkt den Staatsapparat nach den Weisungen, die die herrschende Klasse ihr durch ihre Partei (Parteien) erteilt.

Gebietsweise ist der Staatsapparat gegliedert in Gemeinde-, Bezirks-, Kreis-, Landes-, Reichs-Apparat.

E. DER PROLETARISCHE STAAT.

Zahlenmäßig ist die Bourgeoisie im Verhältnis zum Proletariat und gar erst zu den gesamten ausbeuteten Massen eine winzige Schicht. Mittels der kapitalistischen Staatsgewalt vereinigt sie in sich eine ungeheure Machtfülle. Vermöge ihrer Staatsmacht sichert sie sich das tatsächliche Verfügen über die entscheidenden Sprungquellen des menschlichen Lebens, mittels derer ein immer größerer Teil des gesellschaftlichen Gesamtproduktes erzeugt wird, das Verfügen über die entscheidenden Produktionsmittel: Über die grossen Felder, Wiesen, Weiden, die Bergwerke, Fabriken Eisenbahnen, Schiffe, Luftschiiffe, Häuser usw. Das potenziert die Machtfülle der Kapitalistenklasse. Zu all dem hat die Bourgeoisie das Erbe der viertausendjährigen Erfahrung aller ausbeutenden, herrschenden Klassen der Vergangenheit, die Erfahrung von vielen tausenden Jahren im Organisieren, Leiten der Produktion und Verteilung, im Organisieren, Führen von Klasse, Partei, Staat, Massen. Eine gigantische städtische und ausserstädtische Macht!

Das Proletariat kann die Bourgeoisie nur besiegen, indem es den kapitalistischen Staat zerstört, den proletarischen Staat aufrichtet, der der Kapitalistenklasse alle Produktionsmittel entreisst und sie in der Hand der Arbeiterklasse vereinigt. Selbst dann bleibt die Bourgeoisie noch für lange Zeit ein ausserordentlich gefährlicher Gegner. Erst unter der proletarischen Diktatur, in schwierigem, langwierigem Prozess, erwirbt die Millionenmasse der Arbeiter die Fähigkeit, die Kunst, die Klassenarbeit, die Klasse, den proletarischen Staat, die Hundertmillionenmassen zu führen, die Produktion zu organisieren, zu leiten. Selbst der erste Übergang dazu, das Herausbilden einer roten Bürokratie, der Aufbau eines tüchtigen proletarischen Macht- und Verwaltungssystems braucht Zeit, denn diese Fähigkeiten sind nicht im Handumdrehen zu erlernen. Zu all dem kommt noch das schwierige Erbe der Arbeiterklasse, die unvermeidlichen Schwächen und Fehler, die die Folge ihrer tausendjährigen Sklaverei sind - Schwächen und Fehler, die die Arbeiterschaft in ihrer Masse erst unter der proletarischen Diktatur überwinden kann und in langem, hartnäckigem Kampf tatsächlich überwindet. Ohne die proletarische Diktatur könnte die Arbeiterklasse das überhaupt nicht erzielen, ohne die proletarische Diktatur könnte sie sich überhaupt niemals befreien, könnte sie den Kommunismus nicht aufbauen, könnte sie die Menschheit nicht erlösen..

Der Anarchismus, der den Staat "überhaupt" verwirft - auch den proletarischen Staat, die Diktatur "überhaupt", auch die proletarische Diktatur - ist verbrecherisches Narrum, vielfach Verrat. Siehe die Rolle des Anarchismus in der spanischen Revolution, insbesondere im Oktober 1934. Zuerst sabotierten die Anarchosyndikalisten in Spanien die proletarische Einheitsfront. Dann, als der Entscheidungskampf begonnen hatte, sabotierten sie den Generalstreik, standen abseits, liessen die kämpfenden Arbeiter im Stich; es ging um Macht und die Anarchisten wollten sich "nicht mitschuldig machen", eine neue Macht, die neue Herrschaft, eine neue Zwangsgewalt, nämlich die proletarische Macht, die Macht gegen die Bourgeoisie, aufzurichten. Nachdem sie so der Bourgeoisie geholfen hatten, die aufständischen Arbeiter blutig niederknicken, rissen sie zum Generalstreik als Protest gegen die gefällten Todesurteile So suchten sie ihr verräterisches Verhalten zu bemanteln Sozialdemokratie und Stalinismus haben kein Recht, sich zu ihrer Entschuldigung auf den anarchistischen Verrat zu berufen. Dieses Spiel treibt der Anarchismus in Spanien schon seit Jahrzehnten und er trieb es auch gegenüber Primo de Rivera. Nur die Politik der SP und des Stalinismus ist daran schuld, dass der Anarchismus trotz aller seiner Verrätereien noch immer so grosse Teile der Arbeiterschaft hinter sich ziehen, dem Kampf fern zu halten.

"Der Marxismus unterscheidet sich vom Anarchismus dadurch, dass er die Notwendigkeit des Staates während des Überganges zum Sozialismus anerkennt" (Lenin).

Wer die Diktatur "überhaupt" verwirft, also auch die Diktatur des Proletariats, wie das die SP offen bis hinein in die Katastrophe 1934 tat und in vielen Ländern noch heut offen tut (England, Skandinavien, Belgien, Holland, Tschechoslowakei usw.) - die Rechte sowohl als die Linke - der konnte 1918/20 noch als Illusionist betrachtet werden: doch nach den vielen furchtbaren Erfahrungen seither kann eine solche Einstellung vom proletarischen Standpunkte aus nur mehr als Verrat bezeichnet werden".

Dort, wo die Bourgeoisie ihre offene Diktatur aufgerichtet hat, wie in Italien, Polen, Deutschland, Österreich, Spanien usw., hat die SP ihre alte Position des Ablehnens der Diktatur "Überhaupt" zwar aufgegeben. Wer jedoch glaubt, daß mit habe sie ihre grundsätzliche Einstellung gegen die proletarische Diktatur verlassen, der irrt gründlich. Angesichts der blutigen, allzu greifbaren Februarerfahrung, musste die Sozialdemokratie eine verschlagene Form finden, die den Massen vorspielt, als wäre die SP für die Diktatur des Proletariats, während sie in Wirklichkeit nach wie vor grundsätzlich gegen die proletarische Diktatur ist und lediglich die offene durch die demokratisch verhüllte Diktatur der Bourgeoisie ersetzen will. Das führt zu den Fragen der Schwindeldiktatur, die im vorletzten Abschnitt dieses Heftes behandelt sind.

Die marxistische Staatslösung lautet: Gegen den kapitalistischen - für den proletarischen Staat; für die proletarische - gegen die kapitalistische Diktatur, mag sie offen sein als Militär - Polizeidiktatur, bonapartistische (autoritäre), faschistische Diktatur usw., oder mag sie verhüllt sein als "demokratischer Staat".

Die "Demokratie" als die verhüllte Form der kapitalistischen Diktatur erkennen und sich grundsätzlich zur proletarischen Diktatur bekennen, das ist ein ernster Fortschritt, den gar manche Arbeiter machen, seitdem ihnen die Februar Katastrophe die Augen über die SP geöffnet hat. Allein, nur wenn dies begleitet ist von der Erkenntnis der Notwendigkeit der internationalen proletarischen Revolution, deren realistischer Strategie und Taktik, nur dann führt dieses Erkennen und Bekennen vorwärts zur Diktatur des Proletariats. Das blosse Bekennen zum Prinzip der proletarischen Diktatur ohne internationale, realistische Revolutionslinie und ohne das Handeln auf dieser Linie führt zu neuen Niederlagen. Einige Erfahrungen mit dem Stalinismus werden das den Arbeitern in nicht langer Zeit beweisen. Erst nach dem prinzipiellen Bruch nicht nur mit der Sozialdemokratie, sondern auch mit dem Stalinismus führt der Weg über die herauszubildende proletarische Klassenpartei, über die zu schaffende Vierter Internationale zur proletarischen Diktatur.

Der proletarische Staat, die proletarische Diktatur ist die in allen Gliedern streng proletarisch klassenmäßig aufgebaute Herrschaftsorganisation der Arbeiterklasse gegen die Ausbeuterklasse: zum Behaupten der proletarischen Macht; zum dauernden Sichern des Eigentums und der tatsächlichen Verfügung der Arbeiterklasse über die entscheidenden Produktionsmittel; zum Aufbau des Sozialismus; zur Liquidierung der Klassen und des Staates; zum schliesslichen Überleiten in die Klassen- und staatenlose, in Freiheit und Überfluss sich selbst verwaltende Gesellschaft ... Der proletarische Staat ist der Hebel, mittels dessen die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Klassenpartei die Mittelmassen in Dorf und Stadt als Bundesgenossen auf die Seite des Proletariats zieht und zum Sozialismus emporhebt.

G. STAATSFORM: MONARCHIE UND REPUBLIK.

Steht an der Spitze des Ausbeuterstaats ein Monarch, so entsteht der ernste Schein, als hätte das ganze System der Ausbeutung und Unterdrückung seinen eigentlichen Schwerpunkt im Monarchen und seiner Sippschaft (Hof, Kamarilla). Die ausbeutende, tatsächlich herrschende Klasse verbirgt sich hinter dem monarchistischen Schleier. Oft verdichtet sie diesen Schleier noch dadurch, dass sie gegen den Monarchen, der im Grunde ihr Hambelmann ist, Opposition spielt. Indem die Monarchie die wirkliche Klassenfront verhüllt, erschwert sie den Ausbeuteten, sich zurecht zu finden, erschwert sie es der proletarischen Klassenpartei, die Massen zum revolutionären Kampf zu sammeln, in Schwung zu setzen.

In der Republik ist die herrschende Klasse gezwungen, den Schauspielplatz des Klassenkonfliktes selbst zu betreten. Ihre Herrschaft wird den Ausbeuteten, Geknechteten viel besser sichtbar und erkennbar. Das erleichtert der proletarischen Partei das revolutionäre Sammeln und Mobilisieren der Massen. Darum sind die proletarischen Revolutionäre gegen die Monarchie - für die Republik.

H. DIE FORMEN DER KAPITALISTISCHEN DIKTATUR...

Die Bourgeoisie übt ihre Klassendiktatur entweder verhüllt aus, als "Demokratie" oder als offene kapitalistische Diktatur.

I. DIE VERHÜLLTE KAPITALISTISCHE DIKTATUR (DIE BÜRGERLICHE DEMOKRATIE, DIE "DEMOKRATIE").

Jede Ausbeuterherrschaft, in welcher Form immer ausgeübt, ist Ausbeuterdiktatur. Verschieden sind nur deren Formen. Selbstverständlich ist die Ausbeuterherrschaft leichter auszuüben, wenn die beherrschten Massen sie als Diktatur der herrschenden, ausbeutenden Minderheit nicht erkennen; wenn sie

ihnen als Staat "Aller" erscheint, an dem sie, wie sie glauben, "Anteil" haben. Diesem Zweck dient die "Demokratie".

Es gibt keine Demokratie an sich; es gibt nur klassenmässige Demokratie: Sklavenhalterdemokratie, feudale Demokratie, bürgerliche (kapitalistische) Demokratie, das ist "die verrückte Demokratie der Grossbourgeoisie" (Lenin).

Jede Ausbeuterdemokratie hat zwei Seiten. Einerseits kann die Ausklasse ihre Diktatur so ausüben, dass alle Ausbeuter den Kurs der Ausbeuterdiktatur mitbestimmen, wie zum Beispiel in der Sklavenhalterdemokratie des Altertums; andererseits kann die Ausbeuterkasse den ausgebeuteten und geknechteten Massen einen scheinbaren "Anteil" an der Staatsmacht der Ausbeuter geben, indem sie ihnen das Recht einräumt, zu reden, zu schreiben, zu kritisieren, Vorschläge zu machen, in irgend einem Parlament Anträge zu stellen, Beschlüsse, Gesetze mitzubeschließen und dergleichen, ohne dass dadurch am klassenmässigen Aufbau der Staatsmaschine das Geringste geändert wird, (siehe Frankreich, England, Vereinigte Staaten usw.). Ob nun die Ausbeuter dabei ihre Diktatur in monarchischer oder republikanischer Form ausüben, in beiden Fällen - je nach Bedarf - bedienen sie sich zur Täuschung der Massen der Hölle der "Demokratie".

Alle bürgerliche Demokratie schafft in Wirklichkeit nur scheinbare Gleichberechtigung. Dem (angeblich) gleichen Recht Aller steht da gegenüber: erstens die kapitalistische Staatsmaschine, an deren klassenmässigem Aufbau nichts geändert wird, wenn die "gleichen" Rechte der Staatsbürger in noch so vielenschönen Paragraphen verfassungsmässig niedergelegt sind; zweitens die kapitalistische Wirtschaftsmacht: die Kapitalisten behalten in der bürgerlichen Demokratie das Privateigentum an den Produktionsmitteln, wozu auch alle jene Mittel gehören, womit das Fühlen und Denken der Massen am stärksten beeinflusst werden kann, wie Presse, Druckereien, Papierfabriken, Filmbetriebe, Kino, Radio, Kirche, Schule usw.

Erst die proletarische Revolution, die den kapitalistischen Staatsapparat zerbricht, das Eigentum an den Produktionsmitteln den Kapitalisten entreisst und auf die Arbeiterklasse überträgt; erst die Diktatur des Proletariats verwirklicht die wahre Demokratie: zunächst die proletarische Demokratie, die Demokratie aller Arbeiter, die sie immer mehr zur Demokratie aller Werktagigen erweitert. Indem die proletarische Diktatur in langem Ringen die Produktion gigantisch steigert, die Arbeitszeit außerordentlich verkürzt, allen Menschen eine wahrhaft menschenwürdige Existenz und Bildung sichert, schliesslich im vollendeten Kommunismus die Klassen überhaupt aufhebt, begründet sie, sich selbst aufhebend, die sozialistische Demokratie, die alle Menschen als wahrhaft Gleichberechtigte umfassende Demokratie.

Das Hauptmittel der demokratischen Täuschung sind die Vertretungskörperschaften, vor allem das Parlament. Die Stimmzettelschlachten, die Redegefechte im Parlament mit all ihren Klimbim, den der parlamentarische Kretinismus - der Nurparlamentarismus vermeint, dass sich die Weltgeschichte um das Parlament dreht - darum zu zaubern versteht, jene "Massenversammlungen, Massenaufmärsche, Massenstürme" im Stile Friedrich Adlers, zum Verpuffen der Massenergien voranstaltet, täuschen die Massen in der Tat lange über den Klassencharakter des "demokratischen" Staates.

Dies umso mehr, als all dies begleitet ist von Reformen, die sich bei näherer Betrachtung als Vergünstigungen entpuppen, die die Ausbeuterkasse in gewissen Lagen geführt, um sich den ungestörten Fortgang ihrer Profitwirtschaft zu sichern. Die proletarisch-revolutionäre Partei lehnt den Kampf um Reformen keineswegs ab. Allein ihr sind die Reformen nach dem Worte Lenins "Nebenprodukte des revolutionären Kampfes", der durch alle Reformen hindurch unverrückbar geführt wird zum Sturz der Bourgeoisie, zur Aufrichtung der Arbeitermacht.

Darum legt die proletarische Partei das Schwergewicht immer auf die ausserparlamentarische Massenaktion, ohne auf das revolutionäre Ausnützen des Parlaments zu verzichten. "Ein grosser Streik ist immer wichtiger als die parlamentarische Tätigkeit" (Lenin). Dagegen sind dem Reformismus die Reformen Alles, das eigentliche Ziel, denn das Ziel, die Bourgeoisie zu stürzen und die Macht der Arbeiterklasse aufzurichten, hat er überhaupt nicht; er will den Kapitalismus nur reformieren und an der kapitalistischen Herrschaft und Schlüssel "Anteil" haben, er will nur die Koalition und nichts anderes.

Die Kosten des demokratischen Schwindels samt den Kosten der damit verbundenen Reformen trägt die Kapitalistensklasse, solange sich das für sie rentiert, so lange der Kapitalismus im Aufsteigen, solange er wachsende Profite abwirft. Sobald aber das Kapital seine Höhe überschritten, sobald es sich auf dem absteigenden Ast bewegt; sobald der Kapitalismus die ganze Welt hat und die Möglichkeit, sich weiter auszudehnen, für das kapitalistische System in seiner Gesamtheit nicht mehr besteht; sobald die anschwellenden Waren- und Wertmassen immer mehr auf die Schranken der Kaufkraft der Massen stoßen, welche Kaufkraft das Kapital zwangsläufig immer tiefer und tiefer drückt; sobald die dadurch herbeigeführte Krise des Kapitalismus das bürgerliche Wirtschaftssystem von Grund aus erschüttert - dann

Einlageblatt zum zweiten Heft "Der Staat" Seite 8, Absatz 5 ist zu streichen. An dessen Stelle kommt der folgende Text:

Erst die proletarische Revolution, die den kapitalistischen Staatsapparat zertrümmert, das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt die Diktatur des Proletariats aufrichtet, verwirklicht die vollkommenste Demokratie für die Mehrheit des Volkes. Die Demokratie beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus ist nichts anderes als die Demokratie der Mehrheit des Volkes zur gewaltsamen Niederhaltung der Ausbeuter, der Kindheit des Volkes. Erst in der ersten Phase des Kommunismus wird eine Demokratie für die Mehrheit des Volkes zur Unterdrückung der Minderheit - der bisherigen Ausbeuter und Unterdricker - d.h. deren Ausschaltung der Demokratie, verwirklicht. Dadurch die Voraussetzung des Absterbens der Demokratie geschaffen.

Die politische Form des "Staates" in der Zeit des Sozialismus oder der ersten Phase des Kommunismus ist die vollkommenste Demokratie; damit ist gesagt, daß auch die proletarische Demokratie, d.h. die vollkommenste Demokratie mit dem Staat absterben muß, sobald die Bedingungen des Absterbens vorhanden sind. Auch die Demokratie ist nichts anderes als eine Staatsform, ein Staat; daher muß auch die vollkommenste Demokratie absterben wie der Staat selbst. Im Gegesetz zur vollkommensten Demokratie, dem proletarischen Staat, wird die bürgerliche Demokratie sowie der bürgerliche Staat durch die proletarische Revolution "aufgehoben"; der proletarische Staat, die Demokratie für die Mehrheit des Volkes kann nur "absterben".

Es wäre falsch von einer Demokratie im vollendeten Kommunismus zu sprechen, d.h. in der höheren Phase des Kommunismus, wo es keine Ungleichheit mehr gibt; wo der Satz verwirklicht ist: "Jeder nach seinen Fähigkeiten jedem nach seinen Bedürfnissen". Die Demokratie ist nur so lange ein notwendiges Übel, solange es Ungleichheit, Differenzen, Unterschiede innerhalb der menschlichen Gesellschaft gibt; sobald aber diese Ungleichheiten, Differenzen, Unterschiede beseitigt sind, sobald die Menschheit von der formalen Gleichheit - denn Demokratie bedeutet Gleichheit, aber nur formale Gleichheit - zur tatsächlichen Gleichheit schreitet, d.h. zur Verwirklichung des oben erwähnten Satzes, wird die wirklich volleständige Demokratie verwirklicht. Je vollständiger aber die Demokratie wird, umso schneller wird sie unnötig, sie wird nach und nach von selbst absterben.

"Erst in der kommunistischen Gesellschaft, wo der Widerstand der Kapitalisten endgültig gebrochen ist, wo die Kapitalisten verschwunden sind, wo es keine Klassen mehr gibt (d.h. wo es keinen Unterschied mehr gibt zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln) - erst da "hört der Saat auf zu bestehen", und "kann von Freiheit die Rede sein". Erst da ist die Demokratie möglich und wird eine wirklich volleständige Demokratie, wirklich ohne irgend welche Ausnahmen durchgeführt werden können. Und erst da beginnt die Demokratie abzusterben, aus dem einfachen Grunde, weil die von der kapitalistischen Sklaverei, von den ungezählten Gräueln, Brutalitäten, Widersinnigkeiten, Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung befreiten Menschen sich allmählich gewöhnen werden, die elementarsten, von alters her bekannten und seit Jahrtausenden in allen Vorschriften wiederholten Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens einzuhalten, einzuhalten ohne Gewalt, ohne Zwang, ohne Unterordnung, ohne besonderen Zwangsapparat, der sich Staat nennt". (Lenin)

sieht die Kapitalistenklasse keinen andern Ausweg, als durch auf die Spitze getriebenes Anaplündern der werktätigen Massen, vor allem des Proletariats, das Profitssystem zu behaupten; dann beseitigt die Bourgeoisie die Reformen, die "Erungenschaften", schliesslich die "Demokratie" selbst, und auch die Lakaien, die den demokratischen Schwindel im Dienste der Kapitalisten gegen Trinkgelder betreiben, die sozialdemokratischen Parteien; dann geht sie zur unverhüllten, offenen kapitalistischen Diktatur in ihren verschiedenen Formen über (Überhaupt wird die Bourgeoisie ihrer Demokratie ihres Parlamentes "müde", sobald die Gefahr einer proletarischen Mehrheit entsteht).

Ehrlich revolutionär gestimmte Arbeiterelemente, die den parlamentarischen Schwindel durchblicken, lassen sich manchmal zum Antiparlamentarismus hinreissen, zum grundsätzlichen Verwerfen des Stimmzettels, des Parlaments, der Demokratie überhaupt. Es ist eine der Wurzeln, aus denen der Anarchismus (Syndikalismus) Kraft saugt.

Das Parlament ist nur eine Hülle der kapitalistischen Diktatur, gewiss. Nicht die Stimmzettel entscheiden, nicht die Reden, nicht die Abstimmungen, nicht die Beschlüsse im Parlament. Staatsmacht ist und bleibt die klassenmäßig aufgebaute kapitalistische Staatsmaschine, woran keine Wahl, kein Parlament, keine Demokratie etwas ändert. Mit Stimmzettel und Parlamentsgefechten kann das Proletariat seine Macht nicht aufrichten. Diese grundsätzlich richtige Einschätzung besagt jedoch keineswegs, dass die proletarisch-revolutionäre Taktik es grundsätzlich ablehnen darfte, den kapitalistischen Stimmzettelkampf, das kapitalistische Parlament, die kapitalistische Demokratie für sich auszunutzen. Die proletarische Klassenpartei zieht aus all dem Vorteil für die revolutionäre Propaganda, für die revolutionäre Mobilisierung der Massen gegen den kapitalistischen Staat, gegen die Bourgeoisie. Nur in solchen besonderen Lagen, wo sie der revolutionären Massenmobilisierung gerade dadurch am besten dient, greift die proletarische Klassenpartei zum Boykott des bürgerlichen Parlaments, zur Taktik der parlamentarischen Abstinenz.

Der Unterschied zwischen reformistischer und revolutionärer Politik liegt nicht darin, dass jene für diese etwa gegen Reformen wäre. Indem das Proletariat unter Führung seiner Klassenpartei den Kampf führt zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft, zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur, sieht sich die Bourgeoisie von Zeit zu Zeit genötigt, Reformen einzuführen; sie sucht damit Teile des Proletariats einzufangen, von der revolutionären Kampffront fernzuhalten, um die revolutionäre Stosskraft zu schwächen. Die proletarisch-revolutionäre Partei jedoch lässt sich nicht einfangen, sondern führt über alle Reformen hinweg den Kampf unverrückbar bis zur siegreichen Verwirklichung der revolutionären Ziele.

Aus der grundsätzlich richtigen Verwerfung der bürgerlichen Demokratie, werden manchmal taktisch vollkommen verfehlte, schädliche Taktiken gezogen.

Die proletarische Klassenpartei verwirft die bürgerliche Demokratie prinzipiell im Hinblick auf die Diktatur des Proletariats, doch im Verhältnis zum Feudalismus unterstützt sie die gegen den feudalen Staat um die bürgerliche Demokratie kämpfende Bourgeoisie, weil die kapitalistische Demokratie ein für die Arbeiterklasse viel günstigerer Kampfboden ist als der feudalabsolutistische Staat. "Unsere Partei fürchtete sich niemals und wird sich niemals zu sagen fürchten, dass sie das republikanisch-demokratische Regime billigt im Vergleich zu dem absolutistischen feudal-bürgerlichen Regime. Aber sie "billigt" die bürgerliche Republik bloss als letzte Form der Klassenherrschaft, als ureigensten Schutzhafen für den Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie.

Die proletarisch-revolutionäre Partei verteidigt die bürgerliche Demokratie gegen die Bourgeoisie, sobald diese zur offenen kapitalistischen Diktatur übergeht, weil das Sammeln, Mobilisieren der Massen zum Kampf für die Diktatur des Proletariats unter der demokratisch verhüllten leichter ist als unter der offenen kapitalistischen Diktatur.

Aus demselben Grund kämpft die proletarische Klassenpartei, sobald die offene kapitalistische Diktatur einmal aufgerichtet ist, um die Wiederherstellung der (bürgerlichen) Demokratie und ist bereit, zu diesem Zweck die Einheitsfront zu schliessen mit kleinbürgerlichen "Sozialistischen" (Kommunistischen*) Parteien, wie Sozialdemokratie und Stalinpartei, und sogar das Bündnis mit etwaigen kleinbürgerlich-demokratischen Bauern- und städtischen Gruppen. Dadurch fördert sie den Kampf um die Diktatur des Proletariats. Indem sie diese Taktik verbindet mit der revolutionären Propaganda, dient sie der Mobilisierung der Massen in der Richtung auf die proletarische Diktatur, während die umgekehrte Taktik der faschistischen Diktatur das Leben verlängert.

Gegendarüber der zur offenen Diktatur greifenden Bourgeoisie kämpft die proletarische Partei für die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, für deren Wiederherstellung. Nach wie vor bleibt ihr einziges Ziel die proletarische Diktatur. Jener Kampf dient ihr nur als taktischer Ausgangspunkt in der Strategie ihres Feldzugs um die Diktatur des Proletariats. Selbstver-

ständlich darf sie den Kampf nur führen im Bündnis mit den armen Mittelmassen! Ein Verteidigen, ein Kampf für die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie, der auf das Bündnis mit kapitalistischen Elementen ausgeht (oder gar schon im Bund mit solchen geführt wird) leitet nicht zur proletarischen, sondern zur kapitalistischen (demokratisch verhüllten) Diktatur über.

Die proletarische Revolutionspartei bleibt sich des Marxschen Wortes bewusst: "Jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tage der (revolutionären) Krise und am Tage nachher die um die reine Demokratie sich gruppierende Reaktion" (Engels 1852).

Um die Arbeiter von der proletarischen Diktatur abzuhalten, verfocht die SP die bürgerliche Demokratie als den "Weg zum Sozialismus" (Otto Bauer), der die Arbeiter zwar langsamer, aber mit viel geringeren Opfern zur Macht, zum Sozialismus führe. Dieser Weg führte in den Abgrund. Die Sozialdemokratie will die Arbeiter jedoch weiter hinter sich schleppen, sie sucht sie daher mit allem möglichen Scheinradikalismus darüber zu täuschen, dass die bürgerliche Demokratie nach wie vor die grundsätzliche Linie der SP(RS) geblieben ist.

Niemals kann die Diktatur des Proletariats in Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie aufgerichtet, behauptet werden. Wer sich tatsächlich auf der Linie der Koalitionspolitik bewegt, muss sich zugleich auf der Linie der bürgerlichen Demokratie bewegen. Die bürgerliche Demokratie ist die grundsätzliche Einstellung der SP auch heute ausnahmslos in allen Staaten, welchen "revolutionären" Namen die Sozialdemokratie immer angenommen habe. Die Arbeiter dürfen sich durch den Scheinradiikalismus der SP, wozu auch deren Namensänderung gehört, nicht irreführen lassen.

Gerade in den entscheidenden Jahren des faschistischen Ansturms hat die Stalinbürokratie jedes Verteidigen der bürgerlichen Demokratie grundsätzlich abgelehnt. Das hat der SP das Preisgeben der Arbeitersache ausserordentlich erleichtert. Durch dieses Zusammenspiel beider "Arbeiterparteien", wurde dem Faschismus die Bahn geebnet. Die Stalinpolitik führte das Proletariat in die Katastrophe. Um die Arbeiter weiter für Stalins rein russisch-nationale Politik auszunützen zu können, begann nun die Stalinbürokratie plötzlich taktisch zu wenden, ohne jedoch ihre rein russisch-nationale Grundlinie aufzugeben. Sie, die durch Jahre jedes Verteidigen der bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus als Verrat erklärt hat, gab jetzt auf einmal, wie wenn nichts geschehen wäre, die Lösung der "Verteidigung der demokratischen Rechte der Arbeiter". Doch dabei ist es nicht geblieben. Im November 1934 schlug die KP in der Tschechoslowakei den beiden Sozialdemokratischen Parteien, der Nationalen Partei (Benesch) und den kleindäuerlichen Organisationen die Einheitsfront für ein Aktionsprogramm vor, unter anderem mit der Lösung "Schutz der demokratischen Rechte" (nämlich Aller!), das heißt Schutz der - bürgerlichen Demokratie ... Im Frühjahr 1935 trat sie ein für die Bildung einer "Volksfront" in Frankreich zur Verteidigung der (bürgerlichen) Demokratie ... 1936 ist sie bereits Vorkämpferin der kapitalistischen Demokratie in Österreich, verkarzte Teilnehmerin bürgerlich-demokratischer Koalitionsregierungen (Frankreich usw.), schliesslich im September offene Beteiligte an der bürgerlichdemokratischen Koalitionsregierung (Caballeroregierung) in Spanien ... Das Verhalten in dieser wichtigen Frage zeigt den haltlosen, skrupellosen Opportunismus der Stalinbürokratie, der Stalininternationale und ihrer Parteien.

"Die Durchführung dieser Reformen, die Forderung der Republik, der Volksbewaffnung, der Trennung der Kirche vom Staat, der vollkommenen bürgerlichen demokratischen Freiheiten, der entschlossenen ökonomischen Reformen (kurz der konsequentesten bürgerlich demokratischen Reformen d. Verf.) ist in der bürgerlichen Gesellschaft undenkbar ohne die revolutionär-demokratische Diktatur der unteren Klassen.... Diese Klassen sind das Proletariat plus Millionen und Abermillionen armer Städter und Dörfler, die eine kleinbürgerliche Existenz fristen. Dass sehr viele Vertreter dieser Massen zur Bourgeoisie gehören, ist zweifellos" ... (Lenin). Unter den Bedingungen der bürgerlichen Revolution - das ist unter den Bedingungen des Machtkampfes der Bourgeoisie gegen den Feudalismus - wird die revolutionär-demokratische Diktatur der unteren Klassen bei richtiger Politik der proletarischen Revolutionspartei dieser zum Sprungbrett für die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats. Es ist diese dialektische Konsequenz, weshalb nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch deren Lakai, die Sozialdemokratie, vor der konsequenten(bürgerlichen) Demokratie, vor der konsequenten Durchführung der bürgerlichen Demokratie zurückschreckt.

In neuester Zeit bemächtigt sich die bankrotte SP(RS) dieser leninschen Lösung, die unter den Bedingungen der bürgerlichen Revolution vollkommen richtig war, um damit unter den Bedingungen der bonapartischen, faschistischen Gegenrevolution, das ist unter den Bedingungen des aufs höchste entfalteten Kapitalismus, des Monopolkapitals, der das Proletariat bereits vor die Grundaufgabe der proletarischen Revolution stellt, die Arbeiter irrezuführen. Näheres darüber im vorletzten Abschnitt dieses Heftes über die "Formen der Schwindeldiktatur".

II. DIE OFFENE KAPITALISTISCHE DIKTATUR.

1. Die Militär-Polizeidiktatur.

Gestützt auf ihre Militär-Polizeimacht hält die Ausbeuterklasse die Ausgebeuteten nieder. (Je nach Bedarf hält sie den Parlamentarismus in irgendeiner Gestalt aufrecht oder sie verzichtet auf dieses Feigenblatt). Diesen Charakter hatte zum Beispiel in Österreich die Metternichsche Diktatur vor, die Bachsche Diktatur nach 1848, die allerdings nicht bürgerlichen, sondern noch feudalen Charakter hatte. Die Militär-Polizeidiktatur ist die Form der offenen kapitalistischen Diktatur in kapitalistisch noch wenig entwickelten Ländern.

2. Die Bonapartistische Diktatur.

In gewissen geschichtlichen Zeitabschnitten halten zwei entgegengesetzte Klassen einander ein veränderliches, schwankendes Gleichgewicht. Die herrschende Klasse spielt beide gegeneinander aus und beherrscht eben dadurch beide, indem sie sich dabei auf den Staatsapparat stützt und oft auch noch auf das Lumpenproletariat.

Ein solches System hat Napoleon III. nach seinem Staatsstreich (2. Dezember 1851) in Frankreich eingerichtet und bis zu seinem Zusammenbruch im deutsch-französischen Krieg 1871 behauptet.

So bewegte sich Bismarcks Junkerdiktatur auf dem gegensätzlichen Gleichgewicht der (damals liberalen) Bourgeoisie und der aufkommenden Arbeiterbewegung.

So bewegte sich die Brünningsche und dann die Papen-Schleichersche Regierungsdiktatur auf dem gegensätzlichen Gleichgewicht zwischen dem Proletariat und den durch SPD/KPD schwer enttäuschten, durch die Not wild gewordenen Mittelmassen in Staat und Dorf.

Auf der selben Grundlinie bewegte sich die Dolfussdiktatur und auch die Schuschnigdiktatur in Österreich bis zum Übereinkommen mit Hitler am 11. VII. 1936. Die Reibungen der bürgerlichen Schichten untereinander, der Grossgrundbesitzer und des städtischen Bürgertums, die sich in Reibungen der "Heimwehr" und der "Sturmscharen" widerspiegeln, änderten nichts an dem bonapartistischen Charakter dieser Diktatur. Die Bourgeoisie konnte sich die Reibereien leisten, weil die Kampfkraft der Arbeiterklasse durch die Bankrottpolitik der SP(RS) und der Stalinpartei immer weiter zersetzt wurde. Selbstverständlich können, sollen, müssen solche Differenzen, die sich zeitweise sehr heftig zuspitzen, ausgenutzt werden: Zu Gunsten der Arbeiterklasse ist dies jedoch nur möglich auf dem Boden folgerechter proletarischer Klassenpolitik, aber nicht mit der auf Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie ausgerichteten sozialdemokratischen und rein russisch-nationalen stalin-schen Politik.

Das Andauern der Wirtschaftskrise mit ihren sozialen Auswirkungen verschiebt das Kräfteverhältnis der Klassen. Schliesslich wird das bonapartistische Schaukelspiel unhaltbar. Das "vaterländische" Regime (autoritäre "Demokratie", autoritäres System, ständisches System usw.), bestimmt, den Kapitalisten auf Kosten des Proletariats, aber auch der Mittelschichten den Profit trotz der Krise zu behaupten, ist ausserstande, den notleidenden Massen zu helfen, denen ja nur auf Kosten der Bourgeoisie zu helfen ist. Es könnte dann ein wirtschaftlicher Aufschwung. Obwohl nur vorübergehend, würde er neue Bedingungen für den gesellschaftlichen Umgruppierungsprozess schaffen.

Infolge der fortschreitenden kapitalistischen Offensive, die der Bonapartismus vortreibt, um die Krise zugunsten der Kapitalistenklasse auf Kosten der anderen Klassen zu überwinden, verschlechtert sich die an sich furchtbare Lage der Arbeiter und auch der Mittelschichtler immer mehr. Angesichts der sozialdemokratischen und stalinschen Bankrottpolitik sehen die Mittelmassen in einer Orientierung aufs Proletariat keinen Ausweg aus ihrer Not. Sie werfen sich daher immer mehr dem Faschismus (National "sozialismus") in die Arme, der sie durch Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und dergleichen über die wirklichen Klassengegensätze bewusst irreführt, ihnen unter "sozialistischen" Schwindellosungen Kampf gegen die Kapitalistenklasse vorgaukelt, sie aber in Wahrheit im Interesse der Monopolbourgeoisie zu wütendem Kampf gegen die Arbeiterklasse hetzt und jagt.

Die dünne Massenbasis der bonapartistischen Diktatur schwindet. Zugleich wird durch die sozialdemokratische und stalinsche Politik die Arbeiterschaft in ihrer Kampfkraft immer weiter geschwächt. Die Bourgeoisie erkennt, dass sie die kapitalistische Überwindung der Krise mittels der bonapartistischen Diktatur nicht durchführen kann und geht schliesslich über die Brücke einer Koalition der Bonapartisten und Faschisten zur faschistischen Diktatur über. Solange es geht, sucht die Bourgeoisie mit dem Bonapartismus auszukommen. Sobald aber die bonapartistische Diktatur zum Behaupten des Profits nicht mehr ausreicht, greift die Bourgeoisie zur faschistischen Form ihrer Diktatur.

Durch das Unterstützen der Bourgeoisie, sei es auch nur mittels Passivität (Taktik des kleineren Übels, Tolerierungspolitik), hemmt die SP diesen Prozess nur vorübergehend. Da die SP gegen die fortschreitende Krise nicht kämpft (nicht kämpfen kann, weil sie in Wirklichkeit die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie will und da auch die Stalinpartei versagt, ja schliesslich die Linie der SP übernimmt) verschieben sich die Mittelmassen und selbst Teile der Arbeitermassen nach rechts, zum Faschismus.

Die "Koalition mit der Bourgeoisie zum Kampf gegen den Faschismus", das war und ist das Ideal der österreichischen SP. Doch dieses Ideal ist in der CSR längst schon verwirklicht! Die tschechischen Wahlen vom Mai 1934 zeigen das Ergebnis: obwohl die tschechoslowakische und deutsche SP seit Jahren in der tschechoslowakischen Koalitionsregierung, obwohl es an "autoritärer" Demokratie in CSR nicht mangelt, schwächt auch hier der Faschismus an und zwar nicht nur unter den deutschen, sondern auch unter den tschechischen Volksmassen: weil der Massennot nur auf Kosten der Bourgeoisie, durch Kampf gegen die Kapitalistenklasse abzuheften ist; weil die SPC gegen die Bourgeoisie nicht kämpft, sondern mit ihr koaliert (verbündet) ist; weil der KPC die Interessen des stalinischen Nationalismus, also das Zusammenarbeiten mit dem tschechischen Imperialismus wichtiger ist als die Not der tschechoslowakischen Massen. (Ähnlich das Verhalten der KPG).

3. Die faschistische Diktatur.

Bei der bonapartistischen Diktatur stehen drei Fronten gegeneinander: Bourgeoisie gegen Proletariat und umgekehrt; Bourgeoisie gegen Mittelschichten und umgekehrt; Mittelschichten und Proletariat gegeneinander. Die faschistische Diktatur ist klassenmäßig dadurch gekennzeichnet, dass nur mehr zwei Fronten einander gegenüberstehen: Auf der einen Seite unter Führung des Monopolkapitals die gesamte Bourgeoisie, vor sich am kapitalistischen Zügel die vor Not und Verzweiflung rasenden Mittelmassen gegen das Proletariat jugend - auf der andern Seite die durch SP/SI - stalinische KP/KI geschwächte, gelähmte, vollkommen isolierte Arbeiterklasse.

Warum macht die Bourgeoisie die faschistische Diktatur nicht mit der Sozialdemokratie zusammen? Diese ist doch zur Sanierung der Bourgeoisie tatsächlich zu jedem Opfer bereit - auf Kosten der Massen! Das stimmt; aber die SP ist ein politischer Faktor nur, wenn und soweit ihr Arbeitermassen folgen. Daraus ergeben sich folgende Schwächen:

a) Ein dauerndes Schwanken der SP: sie muss alle möglichen Kunststöcke machen, um sich trotz ihres Arbeiterversatzes die Gefolgschaft der Arbeiter zu erhalten; die faschistische Diktatur jedoch verträgt kein Schwanken, sondern braucht eiserne kapitalistische Konsequenz, genau so wie die proletarische Diktatur eiserne proletarische Konsequenz braucht.

b) Die faschistische Diktatur erfordert bei fortschreitender Wirtschaftskrise ungeheure Opfer von den Arbeitermassen; diese ungeheuren Opfer den proletarischen Massen mit Hilfe der Sozialdemokratie aufzuzwingen ist unmöglich, weil die SP ihren Massenanhang unter den Arbeitern überhaupt einbüßen würde und eben dadurch jeden Wert als politischer Faktor für die Bourgeoisie verlöre.

In der demokratisch verhinderten Diktatur übt die Bourgeoisie die kapitalistische Herrschaft aus unter Heranziehen des sozialdemokratischen Lakaien zur Zusammenarbeit (aktive Koalitionspolitik der SP).

In der offenen kapitalistischen Diktatur bonapartistischer Form übt die Bourgeoisie die kapitalistische Herrschaft aus, indem sie die sozialdemokratische gegeigneten Arbeitermassen gegen die durch das kapitalistische Ausländern notleidenden Mittelmassen und umgekehrt ausspielt (passive Koalitionspolitik der SP; Taktik des kleineren Übels, Tolerierungspolitik, offen, oder verhüllt durch scheinradikales Reden und Tun).

In der offenen kapitalistischen Diktatur faschistischer Form übt die Bourgeoisie die kapitalistische Herrschaft aus unter vollkommener Ausschaltung der SP, die sie als legale politische Fraktion liquidiert. Der illegale SP bleibt nur noch die Rolle einer kapitalistischen Reservestellung für jeden Zeitpunkt, wo der Übergang zu einer "neuen demokratischen Phase" für die Bourgeoisie sich als zweckmäßig erweisen sollte. Dann will die SP neuerlich der Bremsklotz sein, der das Entfalten der proletarischen Revolution verhindert und der Bourgeoisie das Fortsetzen der Profitwirtschaft unter "neuen demokratischen", "sozialistischen" Formen ermöglicht. Bekanntlich hat sich die SPD (durch Wels) vollkommen offen zu dieser Rolle bekannt.

Dass die Bourgeoisie in Deutschland den Übergang von dem einen zur andern Form ihrer Diktatur so glatt vollziehen konnte, das dankt sie der Sozialdemokratie und der Stalinbürokratie. Beide verhinderten die proletarische Einheitsfront, die geschlossene Aktion der proletarischen Millionenmassen.

Die SPD förderte den Übergang durch die Taktik des kleineren

¹³ Obalz, die eine Folge ihrer Koalitionslinie war. Um der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie willen verhinderte sie die proletarische Einheitsfront. Als sie den Faschismus auf diese Weise hochgepreßt, setzte sie dieselbe Politik fort und verbarg die sozialdemokratische Kapitulationseinstellung hinter solchen Lösungen wie: "Man soll Hitler eine Chance geben; er soll zeigen, was er kann; er wird abwirtschaften!".

Grundsätzlich falsch ist das sozialdemokratische Gerede vom "faschistischen Staat" (siehe das Aktionsprogramm der RS vom Jänner 1935). Bonapartistische, faschistische Diktatur sind nur Formen der offenen kapitalistischen Diktatur, diese ihrerseits ist eine Form des kapitalistischen Staates. In Deutschland, Österreich steht das Proletariat dem kapitalistischen Staat gegenüber, den die Bourgeoisie zuerst mit bonapartistischem, dann mit faschistischem Kurs führt. Warum spricht die SP vom "faschistischen Staat"? Weil sie den Arbeitern einreden will, faschistischer Staat und Kapitalistenklasse ständen gegeneinander, während der faschistische Staat in Wirklichkeit das Klasseninstrument der Bourgeoisie ist. Der ganze Kampf der SP geht in Wahrheit nur darum, die Bourgeoisie vom faschistischen Kurs abzubringen und sie zur Koalition mit der SP zu erzwingen.

Die Stalinbürokratie förderte den Übergang zur faschistischen Diktatur durch jene stalinische Kapitulationspolitik, die 1924-1933/34 verkündete, "die faschistische Diktatur sei in Wirklichkeit längst schon errichtet!"

Auch das Brüningsche System und dann das Papen-Schleicher Regime (in Österreich sogar schon die Ramekregierung 1926) gab der Stalinismus als faschistische Diktatur aus. Das war kein blosses Spiel mit Worten. Darin war die stalinische Kapitulationseinstellung enthalten. Denn damit wurde in Wirklichkeit gesagt: Die faschistische Diktatur ist schon längst da, sie ist nicht mehr zu verhindern.... Die Stalinbürokratie hat vor Hitler nicht erst 1933 kapituliert, sondern schon Jahre vorher, und alle ihre "roten Tage" und dergleichen waren nur elende scheinrevolutionäre Mätzchen, um das vor den Arbeitern zu bemühteln.

Durch den stalinischen Galimathias des "Sozialfaschismus" wurde der für die proletarische Aktion so wichtige Unterschied zwischen den verschiedenen Formen der kapitalistischen Diktatur "überwunden". Faschismus und Konterrevolution wurden einander gleichgesetzt, während der Faschismus nur eine ganz bestimmte Form der kapitalistischen Gegenrevolution ist. Durch ihren Humbug verwischte die Stalinbürokratie allen Unterschied im feindlichen Lager und benahm eben dadurch dem Proletariat die Möglichkeit, ihn für seine Aktion auszunutzen.

Die "Generallinie" brauchte Ruhe für den "Aufbau des Sozialismus in einem Lande"; eine ernste Mobilisierung der Massen zur Revolution in Deutschland hätte den russischen Aufbau gestört. Darum die stalinische Sabotage der zur revolutionären Massenmobilisierung damals unumgänglich notwendigen Taktik, der leninschen Einheitsfronttaktik. Dazu hatte die Stalinbürokratie die Taktik der "roten" Einheitsfront, den "Sozialfaschismus", die "rote" Gewerkschaften, die "roten" Tage erfunden und anderes mehr.

Die Massen verstanden diese "revolutionäre" Politik nicht, konnten sie nicht verstehen. Sie wurden abgestossen, verwirrt. Die Stalinbürokratie änderte, um die Massen weiter zu täuschen, immerfort die Maskierung, hielt aber fest an ihrer "Generallinie". Diese wurde von der Stalinclique immer wieder als richtig erklärt. Alle, die dagegen Einspruch erhoben, erst recht alle, die die Rückkehr zur leninschen Politik forderten, wurden aus den Kommunistischen Parteien ausgeschlossen. Dass die Massen von der "Generallinie" nichts wissen wollten, wurde durch "Erfolge" ins Gegenteil umgedreht. Wie dies nicht ging, weil die Tatsachen zu krass sprachen, wurde die Schuld von der "Generallinie", von der Stalinbürokratie auf die Massen geschoben. "Die Massen sind schuld!", kreischte die Stalinbürokratie, aber der Faschismus werde ihnen schon die Köpfe öffnen, der Faschismus sei notwendig, um die Massen zu revolutionieren; nach dem raschen Abwirtschaften des Faschismus werde der Kommunismus kommen ... Mit diesem verbrecherischen Unsachte die Stalinbürokratie ihre Anhänger zu beruhigen und sie auf die Lieblingstheorie des Anarchismus einzustellen, auf die Vereinigungstheorie. Aus der rationalistischen Grundeinstellung ergab sich die "Generallinie", daraus die Kapitulation, aus dieser der rückläufige Prozess zur Vereinigungstheorie, aus der sich wieder verstärkt die Kapitulationseinstellung gegenüber dem Faschismus ergab. So trieb ein Keil den andern.

Die Stalinbürokratie hilft dem Faschismus in den Sattel, indem sie dem verrätherischen Verhalten der SP tatsächlich den Rücken gegenüber den Massen deckt; schliesslich jedoch macht die Stalinbürokratie den Verrat der SP unmittelbar mit, ja sie sucht diese darin noch zu übertreffen.

Der Kampf zwischen Schwarz und Braun in Österreich ist nicht der "Kampf zweier Faschismen", sondern ist Kampf zwischen Bonapartismus und Faschismus (Nationalsozialismus). Das "Vaterländische Regime", das "Ständeregimen" ist gerade dadurch gekennzeichnet, dass es sich in der Hauptsache durch das Balancieren zwischen Proletariat und Mittelmassen am Leben erhält.

Geht die Wirtschaftskrise weiter wird das Proletariat weiter durch SPÖRS/Stalinpartei gehemmt, so wird die Österreichische Bourgeoisie zum Faschismus übergeben und dieser Übergang sehr wahrscheinlich durch eine Koalition der "Vaterländischen" mit den Nazis suchen. Der erste Schritt dazu ist durch das Übereinkommen mit Hitler vom 11. Juli 1936 bereits getan.

Das Proletariat darf sich von dem Unsinn der "zwei Faschismen" (des braunen und des schwarzen) nicht marren lassen. Die Arbeiter müssen jede Taktik ablehnen, die darauf ausgeht, die Schwarzen gegen die Brauen oder die Brauen gegen die Schwarzen zu unterstützen. Front sowohl gegen die Brauen wie gegen die Schwarzen; Front gegen die gesamte Bourgeoisie!

I. DER FORMWANDEL DER KAPITALISTISCHEN DIKTATUR

I. Die Periode des kapitalistischen Aufstieges

1. Die Bourgeoisie im Kampfe um die Macht: Die Bourgeoisie beginnt den Kampf um die Aufrichtung ihrer Macht unter den Bedingungen der feudalen Diktatur. Um die Herrschaft der feudalen Grundherren zu brechen, mobilisiert sie die breiten Volksmassen, die Mittelmassen und die Arbeitermassen mittels der Lösung der bürgerlichen Demokratie: "Gleiches Recht für alle!"

So wie die Arbeiter für ihre selbständige Klassenforderung in revolutionären Kampf treten, flüchtet die Bourgeoisie unter die Fittiche der feudalen Gegenrevolution. Sie überlässt die politische Herrschaft den Feudalen unter der Bedingung, dass diese der kapitalistischen Profitwirtschaft genügend Spielraum lassen.

2. Die stabilisierte bürgerliche Macht: Der Kapitalismus erstarkt, zunächst wirtschaftlich, dann auch politisch. Um ihre Herrschaft voll zu entfalten, greift die Bourgeoisie wieder zur bürgerlichen Demokratie. In ihrem immer größeren Profit findet sie das Mittel, die revolutionäre Arbeiterbewegung von Innen heraus zu lähmen. Mittels "Reformen", Trinkgeldern für die verkleinbürgerlichen Arbeiterbürokraten, Arbeiteraristokraten, Brosamen für die Arbeiter, das heißt mit Hilfe der Sozialdemokratie hält sie die Arbeitermassen ab, den Weg der proletarischen Revolution zu betreten.

II. Der Übergang vom Aufstieg zum kapitalistischen Abstieg

Der Gipfel ist erreicht, die Erde erobert, unter die kapitalistischen Räuber verteilt. Bisher hatte das Kapital die ihm innenwohnenden Widersprüche, die von Zeit zu Zeit in mehr oder weniger großen Eissen zutage traten, immer wieder verhältnismäßig leicht überwunden. Doch nun beginnen sich die Risse zu verbreitern, zu einer wahren Kluft zu vertiefen: hier die unter dem Zwangsgesetz der kapitalistischen Konkurrenz immer höher getriebenen Produktivkräfte, die immer größere Warenmassen auf den Markt werfen – dort die Kaufkraft der Massen, die unter demselben Zwangsgesetz immer tiefer geschrabt wird.

Mit dem Wagnis des ersten imperialistischen Weltkriegs versuchte die Bourgeoisie die Kluft zu schließen. Die Revolutionen im Gefolge des Krieges richtete die Sozialdemokratie im Dienste der Bourgeoisie zugrunde und hielt eben dadurch den Weltrevolutionären Vormarsch Sowjetrusslands auf, wo die Arbeiterschaft unter Führung der Bolschewistischen Partei mit Lenin an der Spitze sich von der Sozialdemokratie löste, den revolutionären Weg betrat und eben dadurch imstande war, die Macht der Bourgeoisie zu brechen.

In der Tat schafft der Krieg "Markt" für die Kapitalisten, indem er riesenhafte Werte zerstört. So beginnt nach dem Kriege die Prosperitätswelle für die Kapitalistenklasse immer höher zu steigen. Den ungestörten Gang ihrer Profitwirtschaft sicherte sie sich mit Hilfe ihres sozialdemokratischen Lakaien durch "Reformen", Trinkgelder, Brocken, Brosamen. Das Reich der SPÖ, die "Demokratie" (die bürgerliche Demokratie) scheint für immer stabilisiert.

Eine noch nie dagewesene Entfaltung der Produktivkräfte (die "Rationalisierung") begleitete diesen Aufschwung. Ein Riesenstrom von Waren ergoss sich über die Märkte. Doch zugleich begann derselbe kapitalistische Mechanismus zwangsläufig dafür zu sorgen, dass die Kaufkraft der Massen dahinter immer mehr zurückblieb. Bis kam, was kommen musste: die Krise.

Ungeheuerlich hatte sich die Kluft zwischen Produktivkräften und Massenkaufkraft aufgerissen. Was schon vor dem Weltkrieg begonnen hatte, wurde nun sichtbar: die Niedergangsepoke des Kapitalismus. Nicht um eine bloßzyklische Krise im Auf und Ab der kapitalistischen Konjunkturbewegung handelte es sich da, sondern das ist die allgemeine Krise, die Krise des Kapitalismus als System.

III.-Die Niedergangsepoke des Kapitalismus.

1. Der Beginn der Liquidierung der bürgerlichen Demokratie. Die Bourgeoisie geht daran, den Profit zu behaupten trotz der Krise, diese zu überwinden auf Kosten der Arbeitermassen und der Mittelmassen. So sehr die Sozialdemokratie mithilft - die Stalinbürokratie macht ihr dabei die Mauer - immer wieder stößt die Bourgeoisie bei ihrer Offensive auf die Schranken ihrer "Demokratie". Je geringer die Absatzmöglichkeit, desto größer die kapitalistische Ausbeutungsgier, um den Profit trotz Alledem zu behaupten. Zwischen die demokratischen Rechte der Massen und die kapitalistische Notwendigkeit gestellt, den Profit durch Senken der Reallohnne, Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter, Plündern der Mittelmassen sicherzustellen, entscheiden sich die Kapitalistischen Banditen bedenkenlos für das zweite. Die Stunde der "Demokratie" schlägt, die Liquidierung der bürgerlichen Demokratie und damit auch der SP beginnt.

2. Der Übergang zur bonapartistischen Diktatur. Die durch den Krieg schwer mitgenommenen, aufgerüttelten Mittelmassen setzten alle Hoffnungen auf die Sozialdemokratie. So wie dem Proletariat ist auch den Mittelmassen nur auf Kosten der Kapitalistenklasse zu helfen. Allein die SP ist unfähig, gegen die Bourgeoisie zu kämpfen, ihre Grundeinstellung ist die Koalitionspolitik. Statt auf die Millionen der armen Bauern das Land der Grossgrundbesitzer, der Kirche inbegriffen, entschädigungslos aufzuteilen, speist sie die armen Bauernmassen mit "sozialistischen" Phrasen ab. Genau so tut sie es den städtischen Kleinbürgerern. Enttäuscht kehren die breiten Mittelmassen in Dorf und Stadt der SP den Rücken. Stalinscher Scharlatanismus stößt die Mittelschichten auch von der KP ab.

Die Krise steigert die Not der Mittelmassen zur Unerträglichkeit. Links sehen sie keine Hoffnung, nicht bei der SP, nicht bei der Stalinpartei. So entstand die faschistische Bewegung, der sich mit raschem Blick und Griff die Bourgeoisie zu bemächtigen begann. Jetzt hatte sie den Mechanismus gefunden, den sie braucht: das Ausspielen der mittleren und unteren Klassen gegeneinander, und darüber gestützt, beide beherrschend, beide bis aufs Blut aussaugend, die erstraffte Bourgeoisiediktatur. An die Stelle der demokatisch verhüllten begann die offene kapitalistische Diktatur, zunächst in der bonapartistischen Form, zu treten.

3. Der Übergang zur faschistischen Diktatur. Schon ist die Ausbeutung der Arbeitermassen, die Ausplünderung der Mittelmassen ausserordentlich vorgetrieben. Doch all das erweist sich für die kapitalistischen Bedürfnisse als unzulänglich, denn - die Weltkrise geht weiter. Der Profit über alles! Also muss die kapitalistische Offensive noch gewaltiger gesteigert werden. Mit dem bonapartistischen Schaukelsystem ist das nicht möglich. Das setzt eine viel höhere, das setzt die höchste Erstraffung der kapitalistischen Diktatur voraus. Unter Führung der Monopolbourgeoisie schleudert die Kapitalistenklasse die faschisierten, durch ihre Not, aus der sie keinen andern Ausweg sehen, rasend gewordenen Mittelmassen zu tollwütigen Blutaktionen gegen die durch Sozialdemokratie und Stalinismus gelähmte, isolierte Arbeiterschaft. An die Stelle der bonapartistischen tritt die faschistische Diktatur.

Die faschistische Diktatur ist der politische Ausdruck der Tatsache, dass die Bourgeoisie entschlossen ist, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, ihre Profitwirtschaft, ihre Klassenherrschaft mit allen Mitteln zu behaupten, mit dem Zurückschrauben in die Barbarei, mit Versklavung der Massen, mit dem Vernichten von Millionen und Abermillionen menschlicher Existzenzen.

4. Der Formwandel der faschistischen Diktatur. Der dialektische Prozess der gesellschaftlichen Bewegung bleibt nicht stehen, auch nicht unter der faschistischen Diktatur.

Mit Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus benebelt die Bourgeoisie die Mittelmassen. Doch um sie vor den kapitalistischen Wagen gegen das Proletariat zu spannen, muss die Monopolbourgeoisie durch ihre faschistischen Hambelmänner, durch die Hitler & Co, die kleinstädtischen Gimpel mit "sozialistischem" Köder locken, fangen. Einmal die National "sozialistische" Diktatur errichtet, muss sie die Mittelmassen enttäuschen. Das ist der Monopolbourgeoisie und ihren Hambelmännern von vornherein klar: ihr National "sozialismus" ist von Habs aus vollkommen bewusster, plumpmissiger Massenbetrug.

Die Weltkrise stört den "normalen" Gang der Profitwirtschaft in so ungeheurem Masse, dass die Bourgeoisie ihren Profit nur behaupten kann, indem sie ihre offensive nicht nur gegen das Proletariat, sondern unbedingt auch gegen die Mittelmassen vortreibt. Gewiss, die faschistische Diktatur kann manövriren, sie kann den Prozess verlangsamen, verzögern. Doch durch alle Manöver hindurch muss sie schliesslich zwangsläufig die Mittelmassen immer mehr enttäuschen und abstoßen. Eben darum verstärkt sie gewaltig ihren Machtapparat. Dieser Prozess ist in Italien längst schon vollendet, in Deutschland ist er mitten in Gang.

Sowie der Faschismus seine Massenbasis in den Mittelschichten verliert, geht er wieder zum Gaukelspiel zwischen Mittelmassen und Arbeiterklasse über, aber auf höherer Stufenleiter: das ist zur faschistisch-monopartistischen Diktatur, zum Unterschied von der vörfaschistisch-monopartistischen Diktatur.

Doch die Krise geht weiter. Um die Profite zu behaupten, muss die Kapitalistenklasse ihre Offensive gegen Arbeiter, Kleinbürger, Kleinbauern noch mehr steigern. Die Entzuschung der Mittelschichten wandelt sich zu immer größerer Unzufriedenheit. Wohl bestehen die Klassengegensätze zwischen Mittelschichten und Proletariat weiter, allein der gemeinsame Groll gegen die faschistischen Räuber führt die mittleren und unteren Massen einander wieder näher. Das System des Ausspielens beider gegeneinander wird immer schwerer, schliesslich unmöglich. Die Bourgeoisie hat jetzt keine Massenbasis mehr, sondern sie hat die grossen Volksmassen gegen sich. Daher verstärkt sie ihren Machtapparat aufs Musserste, sie richtet die faschistische Militär-Polizeidiktatur ein. In Italien ist diese Etappe bereits erreicht. (Die Militär-Polizeidiktatur alten Stils, die vorfaschistische, war in den Ländern des entwickelten Kapitalismus als Ausgangspunkt für diesen Prozess unmöglich. Der damalige Militär-Polizeiapparat wäre angesichts der grossen Massen, die noch lange nach dem Kriege aufgerüttelt waren, zu schwach gewesen. Nur in den kapitalistisch minder entwickelten Ländern, wie Polen, Jugoslawien, Bulgarien, Spanien, Griechenland usw. war diese Form anwendbar).

K. DIE PERSPEKTIVEN DER FASCHISTISCHEN DIKTATUR.

I. In erster Linie sucht die Bourgeoisie die Krise ihres Wirtschaftssystems "friedlich" zu überwinden, ohne Krieg. Dass der zweite imperialistische Weltkrieg ein tausendmal grösseres Wagnis für sie bedeutet, als der erste, ist ihr völlig klar. Sie setzt die kapitalistische Offensive gegen Arbeiter, Kleinbürger, Kleinbauern fort, zugleich aber verstärkt sie planmäßig ihre Anstrengungen, sich in neuartiger Weise Markt zu schaffen. Sie hatte es schon vorher mit Kartellen und Trusts versucht. Das hat, wie die gegenwärtige Krise zeigt, die kapitalistischen Widersprüche schliesslich auf höherer Stufenleiter wiedererzeugt. Sie geht zur "planmässigen Produktionsregelung", zur "kapitalistischen Planwirtschaft" über, das heisst zur kapitalistisch-monopolistischen Organisierung der Produktion und Verteilung. Das wird den Grosskapitalisten auf Kosten der kleinen und mittleren Kapitalisten etwas Spielraum schaffen, schliesslich aber die kapitalistischen Widersprüche auf höchster Stufenleiter reproduzieren.

Nachdem sie die Produktion gedrosselt, hemmt und hindert die Bourgeoisie das weitere Entfalten der Produktionskräfte. Überlegene Maschinen, weitaus überlegene Produktionsmethoden werden erfunden - die Bourgeoisie hindert deren Anwendung. Zum Greifen sichtbar wird dadurch, dass der Kapitalismus ein den gesellschaftlichen Fortschritt hemmendes System geworden ist.

Auch in der Niedergangsepoke bewegt sich das Kapital stets im Auf und Ab des kapitalistischen Konjunkturwechsels. Bei langer Dauer der Krise ist es nicht unmöglich, dass es den Anstrengungen der Bourgeoisie gelingen kann, wieder einen gewissen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen. Ein solcher Aufschwung würde grosse Illusionen hervorrufen, auch in Teilen der Arbeiterschaft. Die Bourgeoisie könnte zur Brosamenpolitik zurückkehren und ihrem sozialdemokratischen Lakaien wieder einen gewissen Spielraum gewähren. Doch würde ein Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft und die ihm folgende Wendung der Bourgeoisie nach "links" im besten Fall nur vordergehender Natur sein. Einmal die Betriebe in vollen Gang gesetzt, würde die Kluft zwischen Produktivkräften und Massenkaufkraft noch gigantischer aufgerissen werden als diesmal.

Die proletarischen Revolutionäre haben eine solche Entwicklung nicht zu befürchten. Die Arbeiterschaft würde die Belebung benötzen, um sich höhere Reallöhne zu erkämpfen. Die grossen Lohnkämpfe würden die Arbeiterschaft beleben und den proletarischen Revolutionären Gelegenheit bieten, den Kampf der Arbeiter auf Grundlage der grossen Erfahrungen, die das Proletariat eben jetzt erlebt, auf höhere Stufe zu heben.

Alles spricht jedoch dafür, dass die leisen Zeichen der Besserung, die sich gegenwärtig zeigen, in der Hauptsache Aufrüstungskonjunktur sind, dem Vorbereiten des zweiten imperialistischen Weltkrieges zuzuschreiben.

II. In "friedlicher" Weise also kann die Bourgeoisie sich höchstens nur vorübergehend aus der Krise herausarbeiten, um dann erst recht noch viel schärfer vor dasselbe Krisenproblem gestellt zu werden. Einen wirklichen Ausweg für eine längere Atempause sieht die Bourgeoisie immer mehr nur noch in einem zweiten imperialistischen Weltkrieg. So gefährlich das Wagnis, der Bourgeoisie bleibt kein anderer Ausweg für ihr Raubsystem. Sie wird es wagen, und ist drauf und dran, alle politischen und militärischen Bedingungen dafür zu verwirklichen.

Selbst im günstigsten Fall: selbst wenn es ihr gelingt, den Krieg ungefährdet anzukurbeln, selbst wenn es ihr glücken würde, den Krieg unge-

fährdet anzukurbeln, selbst wenn es/glücklich würde, den Krieg ungefährdet zu Ende zu führen, was sehr unwahrscheinlich; selbst wenn sie durch alle revolutionären Kriegs- und Nachkriegsscheinungen hindurch ihre Herrschaft behaupten sollte, was noch weniger wahrscheinlich - viel wahrscheinlicher ist, dass die Massen, aufgerüttelt durch den zweiten imperialistischen Weltkrieg, diesen in die Weltrevolution überleiten - selbst in dem für den Kapitalismus allergrößtesten Fall, würden wohl die Sieger-Bourgeoisstaaten für sich den Markt weiten auf Kosten der Besiegten, jedoch um den Preis, dass der Widerspruch zwischen Produktivkräften und dem profitablen Absatz nach kurzer Prosperitätswelle ins Gigantische potenziert würde. Und all dies auf der Grundlage der ungeheuerlichsten Verschärfung der Klassengegensätze, Klassenkämpfe, die die Hundertmillionen der gepeinigten, ausgebauten Arbeitermassen und die Hundertmillionen der besiegt, geknechteten Volksmassen in eine Front bringen wird gegen die zahlenmäßig, auch ihrer Massenbasis nach zusammengeschrumpfte Weltbourgeoisie.

Nach dem Weltkrieg kommt die Weltrevolution, allein - sie kommt auch ohne Weltkrieg! Das ist die unausweichliche Zwiewahl für die Weltbourgeoisie.

Eine andere Frage ist, ob die Weltrevolution siegen, ob sie ihren Sieg behaupten wird.... Diese entscheidende Frage hängt davon ab, ob das Proletariat sich rechtzeitig seine Klassenpartei, seine Klasseninternationale herausarbeitet, die allein imstande sind, den revolutionären Kampf der Massen richtig zu führen, zu führen auf der proletarischen Klassenlinie, zu führen zum Sieg.

III. Ohne und erst recht mit dem imperialistischen Krieg treibt die Bourgeoisie in der Perspektive einem Punkt zu, wo sie die faschistische Diktatur, ja nicht einmal die offene kapitalistische Diktatur in irgendeiner Form weiter halten kann. Das bedeutet keineswegs den "Zusammenbruch" der Bourgeoisie. Einen solchen gibt es nicht. Es gibt keine auswegslose Situation für die Bourgeoisie. Niemals wird die Bourgeoisie von selbst "zusammenbrechen", sie wird immer einen Ausweg finden, sie wird die Massen immer tiefer drücken, ohne Grenze - sondern die Bourgeoisie muss **gekämpft werden**, gebrochen durch den Kampf der Massen und, damit die Massen das erzielen können, müssen die Arbeiter zum Organisieren, Führen, Lenken, Leiten dieses Kampfes die proletarische Klassenpartei, proletarische Klasseninternationale, die Vierte Internationale sich herausarbeiten.

Von einem gewissen Punkte wird die faschistische Diktatur, ja die offene kapitalistische Diktatur überhaupt unhaltbar. Wir haben gezeigt, dass die offene kapitalistische Diktatur auf einer gewissen Stufe die Arbeitermassen und Mittelmassen schliesslich wieder zusammenbringt. Die monopolkapitalistische Offensive muss die vielen durch sie zu Grunde gerichteten kleinen und mittleren Kapitalisten in dieselbe Front drücken. Diese ausserordentliche Isolierung der Monopolbourgeoisie muss bei fortschreitender Krise die offene kapitalistische Diktatur, die sich da nur noch auf den gewaltig vergrösserten, aber vollkommen isolierten kapitalistischen Machtapparat stützt, ausserordentlich labil machen. Unvermeidlich wird dann in der Kapitalistenklasse das Bedürfnis entstehen, sich über diese ausserordentlich gefährliche Krise ihrer gesamten politischen Herrschaft hinwegzuhelfen durch Wiederholung des gigantischen Beutungsmanövers von 1918 in Deutschland und Österreich: mittels der verhüllten kapitalistischen Diktatur, mittels der bürgerlichen Demokratie, mittels einer neuartig aufgezogenen (bürgerlichen) Demokratie ("Volksfrontdemokratie") die Millionenmassen neuerlich zu betrügen, neuerlich einzulullen, neuerlich zu zerdrücken, neuerlich zu zersetzen und so den kapitalistischen Banditen, ihrer Staatsmacht, ihrer Profitwirtschaft weiter das Leben zu verlängern.

Es ist dies genau die Perspektive, auf die die Sozialdemokratie heute hinsteuert. Von dem "undankbaren" kapitalistischen Herrn 1933/34 mit dem Fusstritt bedacht, baut der sozialdemokratische Lakai, der es nicht erwarten kann, die Stiefel seines kapitalistischen Herren wieder zu lecken, jetzt schon an der "Wiederaufnahmestellung", die es verhindern soll, dass nach der faschistischen Diktatur der Kommunismus (lies: die proletarische Revolution) komme". Was sie die Wels & Co. offen ausgesprochen haben, ist das wahre Ziel ausnahmslos aller sozialdemokratischer Parteien, auch der VS, der RS usw.

Diese Perspektive ist eine ausserordentliche Gefahr. Schaffen sich die Arbeiter nicht rechtzeitig ihre Klassenpartei, Klasseninternationale, dann wird diese Perspektive unvermeidlich Wirklichkeit werden. Dann werden die Massen im revolutionären Kampf die Kastanien für andere aus dem Feuer holen, dann werden sie wiederum die Sozialdemokratie auf ihren Rücken emporheben, die sie unter neuen Formen genau so verraten wird wie 1918/34. Mehr noch. Dieser Prozess wird sich wiederholen und abermals wiederholen, ins Unendliche wiederholen, auf immer tieferer Basis, wobei die Arbeitermassen immer tiefer und tiefer gedrückt werden - solange, bis sich die Arbeiter schliesslich das schaffen, was allein ihren Kampf zum Sieg führen kann, führen wird: die proletarische Klassenpartei, die proletarische Klasseninternationale.

Die Sozialdemokratie kann diese für die Zukunft von der Bourgeoisie zugedachte und von ihr selbst in Aussicht genommene Aufgabe nur lösen, wenn es ihr gelingt, die Arbeiter über die wahre Linie der sozialdemokratischen Politik zu täuschen. Sie muss alles daran setzen, die Arbeitermassen glauben zu machen, es gehe der SP um die proletarische Diktatur: während es ihr nur um die kleinbürgerliche "Revolution" geht, die das kapitalistische System aus grösster Gefahr zu retten sucht, indem sie die offene kapitalistische Diktatur in deren kritischsten Stunde in die "Demokratie", in die demokatisch vernebelte Bourgeoisiediktatur unter scheinrevolutionärem Klimbim ("Diktatur der Werktätigen" usw.) hindüber leiten will....

Indem die proletarischen Revolutionäre alle scheinradikalen Betrugsmethoden der SP(RS) sowie ihrer stalinschen Spiessgesellen schonungslos entlarven und den Arbeitern den positiven Ausweg der Herausbildung der proletarischen Klassenpartei, der Vierten Internationale zeigen, leisten sie die erste Arbeit zur Durchkreuzung der geheimen Pläne der Sozialdemokratie, denen der Stalismus Vorschub leistet.

L. LEHREN DES FORMWANDELS DER BOURGEOISIEDIKTATUR

I. Der Formwandel der kapitalistischen Diktatur spielt auf dem Boden des Aufstiegs und Niedergangs der kapitalistischen Produktionsweise und der damit verbundenen Verschiebungen der Klassenverhältnisse, der Klassenbeziehungen, der Klassenkräfte. Das ist kein mechanischer Prozess: er vollzieht sich durch das Handeln, durch den Kampf der Klassen:

1. durch das dem Profit, vom kapitalistischen Eigentum ausgehende wirtschaftliche und politische Handeln der Kapitalistenklasse; je

2. durch das verräterische Handeln der SP/SI und der Stalinpartei/Stalininternationale, die das Entfalten der proletarischen Gegenaktion hemmen und hindern, und, wo sie trotzdem durchbricht, in die Niederlage führt;

3. durch die grundlegende Tatsache, dass das Proletariat die zur erfolgreichen Leitung dieses Kampfes unumgänglich notwendige Klassenpartei und Klasseninternationale nicht hat, in seiner grossen Masse diese unumgängliche Notwendigkeit noch nicht einmal erkannt hat, sondern noch immer den zwei Verratsparteien, Verratsinternationalen Gefolgschaft leistet. Diese Tatsache ist kein Vorwurf gegen die Arbeitermassen, wohl aber ein ärnster Vorwurf gegen die vorgesetzten Arbeiterelemente, die an sich die notwendige Erkenntnisfähigkeit haben, aber ihrer geschichtlichen Aufgabe ausweichen, der Aufgabe nämlich: die wahren Grundursachen der proletarischen Katastrophen in strengstem, schonungslosem Prüfen zu erforschen, unerbittlich daraus die Schlussfolgerung für ihr eigenes praktisches Verhalten zu ziehen und für diese Schlussfolgerung auch die proletarischen Massen zu gewinnen.

II. Der Formwandel vollzieht sich nicht gleichförmig. In jedem Lande sind, je nach der Höhe seiner wirtschaftlichen Entwicklung, die Klassenverhältnisse verschieden gelagert. Unter besonderen Bedingungen greift die Bourgeoisie sofort zur faschistischen Form ihrer Diktatur (zum Beispiel 1919 in Ungarn). Anderswo kommt sie mit der alten Militär-Polizeidiktatur aus, der sie nach Bedarf gewisse bonapartistische oder faschistische Züge zufügt (zum Beispiel die Pilsudskidiktatur in Polen). Nebenbei ein Beispiel des leninschen Gesetzes der ungleichmässigen Entwicklung.

III. Nicht der Krieg hat den Faschismus geboren, wie die SP ldt., sondern der Kapitalismus, der kapitalistische Niedergang, die Krise des kapitalistischen Systems.

Falsch ist das sozialdemokratische Gerede, der Faschismus sei die Ideologie und Politik der Bourgeoisie nur in den Besiegten Ländern. Italien war nicht besiegt. Spanien hat im Krieg überhaupt nicht teilgenommen, sondern daran als Lieferant verdient. Im siegreichen Frankreich beginnen die "Feuerkreuzler" den faschistischen Vormarsch und auch im siegreichen Belgien, England, Amerika beginnt sich der Faschismus zu regen. Der Faschismus tritt in allen kapitalistischen Ländern auf in dem Maße, als die Bourgeoisie erkennt, dass sie den Profit angesichts der Krise nicht mehr mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie behaupten kann, sondern nur noch mittels der offenen kapitalistischen Diktatur, letzten Endes in deren faschistischer Form.

IV. Das Zertrümmern der revolutionären und nichtrevolutionären (legalen) Organisationen, auf die die Arbeiterklasse sich stützt, ist kein wesentliches Merkmal der faschistischen Diktatur. In Österreich zum Beispiel wurde das bereits von der bonapartistischen Diktatur durchgeführt. In den 80er Jahren (Sozialistengesetz) wurde das in Deutschland (Bismarck) und Österreich (Taaffe) geleistet ohne eine Spur von Faschismus.

Unter Führung der Monopolbourgeoisie schleudert die Kapitalistenklasse die durch die Not rügenden, von SP/KP enttäuschten, keinen anderen Ausweg sehenden Mittelmassen gegen die durch sozialdemokratischen und stalinistischen Verrat gelähmte, isolierte Arbeiterklasse, diese so nieder-

schnetternd: dieses eigenartige Klassenvorgehen ist es, was die faschistische von jeder anderen Form der kapitalistischen Diktatur unterscheidet. Dieses Schleudern der Mittelklasse gegen die Arbeitersklasse durch die von der Monopolbourgeoisie geführte Kapitalistenklasse ist das entscheidende klassenmässige Kennzeichen der faschistischen Diktatur.

V. Der Übergang von einer Form der kapitalistischen Diktatur zur anderen ist Umsatteln ein und derselben Klasse, nämlich der Bourgeoisie, zu einer andern Methode ihrer Politik, zu einem andern Kurs ihrer Klassenpolitik. Dieser Prozess ist begleitet von einer Gewichtsverschiebung innerhalb der Kapitalistenklasse und zwar zu gunsten der Monopolbourgeoisie. Hand in Hand mit dem Formwandel gehen daher mehr oder minder, manchmal sogar ausserordentlich starke Reibungen innerhalb der herrschenden Klasse und damit zugleich starke Schwankungen in der kapitalistischen Gefolgschaft vor sich. All dies kann, soll, muss die proletarische Aktion ausnutzen, nur darf sie nicht in den sozialdemokratischen und stalinschen Fehler verfallen, die Bourgeoisie der faschistischen Diktatur entgegenzustellen.

VI. Nicht aus Liebe greift die Bourgeoisie zum Faschismus, sondern weil sie vom kapitalistischen Standpunkt muss, weil sie für sich keinen andern Ausweg sieht. Sie wählt den Faschismus daher erst dann, wenn sie anders nicht kann, dann aber wählt sie ihn nötigenfalls im Handumdrehen. Sie geht dazu unter Umständen über auf dem Weg der Koalition mit den Nazis. In einer solchen Koalition verschiebt die fortschreitende Krise durch die Massenumlagerung, die sie herbeiführt, das Schwergewicht immer mehr zu den Faschisten.

Infolge der weitergreifenden Krise steigert die Bourgeoisie ihre Offensive auch gegen die Mittelmassen. Diese, links keine Hoffnung sehend, verschieben sich zum Faschismus. Gegen die Wucht dieser Massenumgruppierung wirkt der Hinweis darauf, dass das faschistische Regime in Deutschland den Mittelmassen nichts hilft, höchstens hemmend, aber nicht verhindernd. In der bonapartistisch-faschistischen Koalition wirkt dieselbe Mechanik weiter, weil die Nazi dann noch immer die Ausrede haben, dass sie in der schwarzbraunen Koalition durch die Schwarzen gehemmt seien, dass sie die volle Macht brauchen, um die "Massen zu retten"....

VII. Sozialdemokratie und Stalinismus fördern den Formwandel zur faschistischen Diktatur. Beide hämmern in verschiedener Art den Massen, besonders den Arbeitermassen, faschistische Grundelemente ein.

Die Sozialdemokratie: durch ihre Koalitionseinstellung das Grundelement des "Zusammenarbeitens von Arbeitgeber und Arbeitnehmer" und die "Harmonie ihrer Interessen", womit das Grundelement des Nationalismus zwangsläufig verbunden ist;

Der Stalinismus: durch seine bewusste, allerdings auch bewusst verschleierte rein russisch-nationale Grundeinstellung ebenfalls, das Grundelement des Nationalismus.

Sozialdemokratie und Stalinismus sind Verrat an den Massen mittels kleinbürgerlicher Schmarotzerpolitik, die die Massen für kleinbürgerliche Zwecke ausnützt in kleinbürgerlich bescheidenem Umfang; die ansehnlichen Gewinne der verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie und die von ihr gehandhabte Korruption bewegen sich in kleinbürgerlich bescheidenen Grenzen --. Der Faschismus steigert diesen Betrug ins Gigantische zu einem vor nichts zurückschreckenden ungeheuerlichen Raubfeldzug gegen die Massen, er reisst Riesengewinne an sich und züchtet Riesenkorruption. Es ist der Unterschied zwischen "kleinbürgerlicher Bescheidenheit" und "monopolistischer Grosszügigkeit", wobei jedoch gerade die erste der Bourgeoisie die Bahn zur zweiten überhaupt erst öffnet und ebnet.

Auf der Grundlage des niedergehenden Kapitalismus sucht die Bourgeoisie ihre Herrschaft durch eine Art Schankelsystem zu sichern: sie stützt sie einmal auf ihren faschistischen Bluthund, dann wieder auf ihren sozialdemokratischen (stalinschen) Lakaien und so fort.

VIII. Taktische Lehren.

1. Falsch ist es, den Faschismus der Bourgeoisie entgegenzustellen, wie das die SP lange Jahre getan und noch immer tut (ab und zu bläst auch der Stalinismus in das gleiche Horn). Die Sozialdemokratie verstieg sich sogar dazu, gegen den Faschismus den kapitalistischen Staat um Hilfe zu rufen ... Das tat die SP in Deutschland, Österreich und sie tut es heute zum Beispiel in Frankreich. Der Faschismus ist nur eine besondere Form der kapitalistischen Politik, es ist daher ein abgrundlicher Unsinn, sich an den bürgerlichen Staat um Hilfe dagegen zu wenden. Indem ihm die Aussicht auf kapitalistische Hilfe gegen den Faschismus vorgespiegelt wird, wird das Proletariat von der einzigen wirklichen Hilfe, von der proletarischen Massenaktion abgehalten.

2. Falsch ist es, kapitalistische und faschistische Gegenrevolution zusammenzuwerfen, wie das z.B. der Stalinismus tut; der Faschismus ist nur eine besondere Form der bürgerlichen Gegenrevolution.

Falsch ist es, kapitalistische und faschistische Diktatur gleichzusetzen, wie das die Stalindiktatur und SP(RS) tun. Die faschistische ist

nur eine besondere Form der kapitalistischen Diktatur.

Falsch ist es, die bonapartistische und faschistische Diktatur zusammenzuwerfen, wie das Sozialdemokratie und Stalinismus tun (Theorie der "zwei Faschismen", des Nazifaschismus und des Klerikofaschismus, des braunen und schwarzen Faschismus, des schwarzweissroten und schwarzgelben Faschismus); in Wirklichkeit geht es um zwei verschiedene Formen der kapitalistischen Politik, um zwei verschiedene Formen der offenen kapitalistischen Diktatur, gekennzeichnet durch verschiedene Gruppierung der Klassenkräfte. Diese Verschiedenheit kann und muss das Proletariat taktisch durch seine Massenaktion ausnutzen. Wer den Unterschied verwischt, versperrt der Arbeiterschaft den Weg dazu.

Falsch ist die Theorie und Politik des "Sozialfaschismus", der die SP als "Zwillingssbruder des Faschismus" (Stalin), als "eine Abart des Faschismus" (Stalin) erklärt, also Sozialdemokratie und Faschismus in einem Topf wirft. Nicht nur der Raubmörder ist schuld, sondern auch der Gelegenheitsmacher, gewiss. Doch wer den Gelegenheitsmacher mit dem die Gelegenheit ausnutzenden Raubmörder zusammenwirft, der macht selbst nur dem Gelegenheitsmacher die Mauer und eben dadurch auch dem Raubmörder! Mittels des "Sozialfaschismus" hat die Stalinbürokratie die proletarische Einheitsfront sabotiert; das gab der SP immer wieder Gelegenheit, die proletarische Einheitsfront zu verhindern; so verhinderten beide Verratsparteien, Verratsinternationalen, das damals einzige Mittel, das den Weg zum revolutionären Vormarsch eröffnen konnte, so führten sie einander in die Hände spielend, das Proletariat in die Katastrophe.

3. Falsch ist die Taktik, den Faschismus zu bekämpfen durch Unterstüzen des Bonapartismus ("Taktik des kleinen Übels"). (Den Bonapartismus bekämpfen zu wollen durch Unterstüzen des National "sozialismus", des Faschismus, wäre Wahnsinn). Der Bonapartismus plündert nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Mittelmassen. Ihn unterstützen, heißt die Mittelmassen noch mehr vom Proletariat weg, sie erst recht zum Faschismus hinstossen. Der proletarische Kampf muss gegen die ganze Bourgeoisie gerichtet sein, also sowohl gegen den Bonapartismus, als auch gegen den Faschismus. Nur von dieser Grundlinie aus ist es der proletarischen Politik möglich, die inneren Gegensätze der Bourgeoisie, die Kämpfe innerhalb der Bourgeoisie um bonapartistischen und faschistischen Kurs im proletarischen Interesse auszutützen!

Bis zum Februar hat die SP die Schwarzen (österreichischen Bonapartisten) offen gegen die Braunen (österreichischen Faschisten) unterstützt. In einer Koalitionsregierung mit den Schwarzen gegen die Braunen sah sie das wirksamste Mittel, den Faschismus in Österreich zu verhindern. Die Maiwahlen 1935 in der Tschechoslowakei bewiesen sinnfällig, wie grundfalsch diese Einstellung ist. Die deutsche SP in CSR war in der Koalitionsregierung und dennoch erzielte der Faschismus (die Henleinfront) einen Riesenerfolg, insbesondere auf Kosten der deutschen SP. Auch der tschechische Faschismus (Gajda und Kramář - Stribřny) hatten beträchtliche Erfolge, zum Teil auf Kosten der tschechischen SP, was durch die zehnprozentige Zunahme der gesamten Wählermessen verdeckt wurde. Wäre nicht die besondere aussenpolitische Lage der Tschechoslowakischen Republik, es hätte auch der tschechische Faschismus einen viel größeren Sprung vorwärts getan und zwar in der Hauptsache auf Kosten der tschechischen SP. Indem die SP mit ihrer Politik der tschechoslowakischen "autoritären Demokratie", das heißt der tschechischen Bourgeoisie beim kapitalistischen Überwinden der Krise hilft, hilft sie mit bei allen kapitalistischen Offensivmassnahmen gegen die Arbeiter- und Mittelmassen. So stösst sie selbst, eben durch ihre Koalitionspolitik, immer größere Teile der Massen zum Faschismus.

Heute kämpft die österreichische SP zwar, wie sie sagt, sowohl gegen die Braunen als auch gegen die Schwarzen. In Wirklichkeit ist aber ihre Gesamtpolitik letzten Endes nach wie vor auf die Koalition mit der Bourgeoisie (Teilen für sieben) gerichtet. Infolgedessen wirkt sich ihre ganze Politik als Lähmen der proletarischen Kampfkraft, als Unterstüzen des Bonapartismus, als Vorspann des Faschismus.

4. Falsch ist der stalinische "Antifaschismus". Soweit er bürgerliche Kräfte als Bündnisgenossen zum Kampf gegen den Faschismus gewinnen will, treibt er Koalitionspolitik mit allen ihren unvermeidlichen verräterratischen Folgen. Kleinbürgerliche, kleinbücherliche Kräfte, die ernstlich gegen den Faschismus sind, zum Kampf gegen den Faschismus in einer antifaschistischen Front zu sammeln, auf Grundlage eines Aktionsprogramms, das dies ermöglicht, ist durchaus richtig. Doch diese Front hat ihrer Natur nach nur ein verneinendes Ziel: die Liquidierung des Faschismus. Was der faschistischen Diktatur folgen soll, dieses bejahende Ziel, ist den verschiedenen Klassen und Schichten, die sich zu dem antifaschistischen Bündnis zusammenschließen, vermdge der Verschiedenheit ihrer Klasseninteressen verschieden. Die kleinbürgerlichen Kräfte streben - mittels einer Art "Übergangsdictatur - selbstverständlich die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie an. Sie schweigen darüber umso lieber, weil sie so am besten das Proletariat für ihre Ziele auszutützen hoffen.

Die proletarische Partei (die pünlich, die ihrer wirklichen Grundeinstellung nach proletarisch ist) darf über diese Grundfrage nicht schweigen. Sie kann wohl ein Aktionsprogramm abschliessen, das diese Grundfrage offenlässt. Ja, sie kann sogar ein Aktionsprogramm vereinbaren, das die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie zur positiven Lösung des antifaschistischen Bündnisses erhebt. Allein umganglich muss sie sich - abgesehen von ihrer organisatorischen Selbständigkeit - im Aktionsprogramm eines solchen Bündnisses das Recht zur revolutionären Kritik sichern, das Recht zur revolutionären Propaganda, das Recht zur revolutionären politischen Tätigkeit überhaupt, und kraft dieser ihrer gesicherten Rechte muss sie unumganglich diese positive Lösung des Aktionsprogramms, die bürgerliche Demokratie, grundsätzlich als unzulänglich kritisieren und - bei voller Aktionsdisziplin für die geschlossene Vereinbarung - die revolutionäre Propaganda für die positiven Lösungen der Diktatur des Proletariats unverrückbar fortsetzen! Tut das die Partei nicht, dann verwandelt sie sich unvermeidlich selbst zu einem Instrument kleinbürgerlicher Politik, dann wirkt sie in der antifaschistischen Front nicht als proletarischrevolutionäre, sondern als kleinbürgerlich-radikale, kleinbürgerlich-demokratische Kraft. All dies gilt von Stalins antifaschistischer Politik; sie ist kleinbürgerliche Politik. (Seit 1936 kämpft die Stalinburokratie unter der Lösung der bürgerlichen Demokratie: sucht sie in der Koalition mit der Linksbourgeoisie zu verteidigen (wie in Frankreich) oder sucht für die Wiederherstellung Koalitionsgenossen in der Bourgeoisie, wie in Österreich und Deutschland).

5. Die richtige Linie im proletarischen Kampf gegen den Faschismus: Wer die richtige proletarische Linie gegen den Faschismus finden will, muss zunächst die Frage richtig beantworten; wie die verzweifelten Mittelmassen, die sich faschisiert gegen das Proletariat bewegen, auf die Seite der Arbeiterklasse ziehen?!

Dann wieder muss vorerst die unumgängliche Frage richtig beantwortet werden: Wieso ist es gekommen, dass sich die Mittelmassen in Dorf und Stadt, die gegen Kriegsende und erst recht im Umsturz in Millionen dem Proletariat zuneigten, von der Arbeiterklasse ab- und deren blutigstem Feind zugewendet haben, dem Faschismus?!

Den Mittelmassen ist ebenso wie dem Proletariat zu helfen nur durch einschneidende ausserordentliche Massnahmen gegen die Kapitalistenklasse. Das Proletariat muss daher, wenn es sich, wenn es den Mittelmassen helfen will, gegen die Bourgeoisie kämpfen, gegen die Bourgeoisie als Klasse, gegen die ganze Bourgeoisie!

Die SP tat das Gegenteil: Sie schloss das Bündnis mit der Bourgeoisie oder einem Teil der Bourgeoisie und verhinderte eben dadurch von Grund aus jede proletarische Aktion gegen die Kapitalistenklasse. Diese Politik schädigte die Arbeiterschaft in ihren ureigensten Interessen und brachte sie zugleich um das Bündnis mit den Mittelmassen. Nur die entschädigungslose Enteignung des Grossgrundbesitzes (der Kirche inbegriffen), nur die entschädigungslose Enteignung der kapitalistischen Grossbetriebe hätte den Arbeitermassen und auch den Mittelmassen wirklich Hilfe gebracht. Mit den schönen "sozialistischen" Phrasen, die die SP in Hülle und Fülle verzapften, war den dörfischen kleinbürgerlichen und den städtischen kleinbürgerlichen Massen nicht gedient. Da auch die Scharlatanpolitik der Stalinparteien sie abstoss, so gingen die Mittelmassen der Arbeiterschaft verloren und wurden schliesslich, als die Krise sie zur äussersten Verzweiflung brachte und sie keinen anderen Ausweg sahen, zum Opfer der faschistischen Verführung der Monopolbourgeoisie.

Wie also die Mittelmassen gewinnen? Dadurch, dass das Proletariat den Kampf gegen die Bourgeoisie, gegen die ganze Bourgeoisie aufnimmt! Dadurch, dass es eine jede Koalitionspolitik (also jede sozialdemokratische Politik!), jede rein nationale Politik (also jede Stalinpolitik!) unversöhnlich ablehnt! Dadurch, dass es die beiden Parteien, die diese Verratspolitik auch heute fortsetzen, unversöhnlich ablehnt! Dadurch, dass es sich zu sammeln beginnt auf der proletarischen Klassenlinie, zu sammeln beginnt um die eigenen proletarischen Klassenpartei und Klasseninternationale, die noch nicht bestehen, aber geschaffen werden müssen! Dadurch, dass es die kleinbürgerliche Einheitsfront von SP/Stalinpartei entlarvt und sie zwingt zur proletarischen Einheitsfront (siehe Kapitel XI!) Dadurch, dass es auf der proletarischen Klassenlinie planmäßig, stets im Einklang mit den wirklichen Kräfteverhältnissen unter Führung der proletarischen Klassenpartei den proletarischen Massenkampf gegen die Bourgeoisie vortreibt!

In demselben Masse, als das Proletariat dies in die Tat umsetzt, in demselben Masse werden die Mittelmassen ihre Augen auf die Arbeiterklasse zu richten beginnen, werden sie neue Hoffnung schöpfen und sich im wachsenden Masse auf die Seite des Proletariats unter dessen Führung umgruppieren beginnen.

Den Schlüssel zu dem Tor, das diesen Weg öffnet, haben die vorgeschrittenen Arbeiter in ihren Händen. Sie müssen den Schlüssel packen

und das Tor öffnen, indem sie die erste, schwerste, die langwierige Pionierarbeit auf sich nehmen, indem sie die ersten Pfeiler aufrichten, indem sie die Arbeitermassen von der Notwendigkeit der Klassenpartei überzeugen und, die besten Elemente der Arbeiterschaft in ihr vereinigend, dem Proletariat die proletarische Klassenpartei schaffen.

M. DIE FORM DER PROLETARISCHEN DIKTATUR.

Der Wesenskern des proletarischen Staates ist und bleibt der klassenmäßig streng proletarisch aufgebaute Staatsapparat. Hier gilt es, die kapitalistischen Elemente vollkommen auszuschalten und selbst kleinbürgerliche Elemente nur unter der nötigen Vorsicht heranzuziehen.

In den in der russischen Revolution 1905 erstandenen Sowjets der Arbeiterdelegierten, in den Arbeiter- (– Bauern – und Soldaten) Räten, im Sowjet, erkannte Lenin die Form des proletarischen Staates.

Die Kapitalistenklasse ist im Sowjet nicht vertreten. Lenin sagt darüber: "Die Frage der Entziehung des Wahlrechts gegenüber den Ausbeutern ist eine rein russische Frage und nicht eine Frage der Diktatur des Proletariats im allgemeinen. Es wäre ein Fehler, vorweg garantieren zu wollen, dass die kommende proletarische Revolution in Europa allen oder der Mehrzahl derselben unbedingt eine Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts für die Bourgeoisie bringen wird. Es kann so kommen. Nach dem Kriege und nach der Erfahrung der Revolution wird es wahrscheinlich auch so kommen. Aber es ist nicht unbedingt notwendig zur Verwirklichung der Diktatur" ("Der Renegat Kautsky", Seite 23/24). Das Schwergewicht liegt darin, die Kapitalistenklasse vollkommen aus dem Staatsapparat auszuschalten. Die Frage ihrer Vertretung im Sowjet ist keine grundsätzliche, sondern eine taktische, eine Zweckmäßigkeitssfrage. Nach all den Erfahrungen gerade der allerletzten Jahre müssen wir sagen, dass die Ausschaltung der Kapitalistenklasse vom Wählen und Gewähltwerden in die Sowjet taktisch nicht nur zweckmäßig, sondern notwendig ist.

Im Sowjet sind alle Arbeiter durch die von ihnen gewählten Delegierten vertreten und beeinflussen dadurch die Gesamtpolitik des proletarischen Staates. Die proletarische Diktatur ist also zugleich die proletarische Demokratie.

Auf seiner ersten Stufe (nämlich vor der Aufrichtung der proletarische Macht) ist der Arbeiterrat das höchste Einheitsfrontorgan, das die gesamte Arbeiterklasse zur proletarischen Massenaktion sammelt, mobilisiert.

In dem Masse, als die proletarische Revolutionspartei darin den Einfluss der kleinbürgerlich "sozialistischen" Parteien (Menschewiken, Sozialrevolutionären, Sozialdemokratie, Stalinpartei usw.) zurückdrängt, in dem Masse, als die proletarische Klassenpartei die Führung im Arbeiterrat erobert, verwandelt sich der Arbeiterrat in das entscheidende Instrument des bewaffneten Aufstands.

Sowie die Arbeiterklasse ihre Macht aufgerichtet hat, wird der Arbeiterrat die Organisationform, worin sich das Blindnis mit den echten Mittelmassen unter Führung der Arbeiterklasse verwirklicht, also mit den breiten Massen der armen Kleinbauern und der armen Kleinbürger, die keine freude Arbeitskraft ausbeuten. Der Arbeiterrat wird zur Vertretung aller Werktätigen, die niemand ausbeuten, und verwirklicht in diesem Sinne die Demokratie der Werktätigen.

Ob, wann, in welchem Umfang das unachte Kleinstadertum, die Mittelbauern inbegriffen, zum aktiven und passiven Wahlrecht in die Sowjets herangezogen werden, ist ein taktische Frage. Offenbar werden sie in demselben Masse, als sich der proletarische Staat stabilisiert, zum Wählen und Gewähltwerden herangezogen werden können.

Die proletarische Demokratie, die Demokratie der Werktätigen, ohne proletarisch klassenmäßig aufgebauten Staatsapparat, das wäre blinder Schwindel. Die proletarische Demokratie, die Demokratie der Werktätigen setzt die Zerschmetterung des kapitalistischen Staatsapparates, den Aufbau der proletarischen Staatsmaschine voraus. Das müssen die Arbeiter gegenüber allen ähnlich klingenden betrügerischen Lösungen der SP(RS) und der Stalingerpartei scharf im Auge behalten!

Die Sowjets werden nicht aus den Wohnstätten, sondern dort gewählt, wo die Arbeiter ihre Produktionsrolle erfüllen, in den Betrieben, in den Kasernen, solange es Arbeitslose gibt, auch in Stempelstellen. (Die Arbeitslosen erfüllen als industrielle Reserve eine proletarische Produktionsrolle).

Der Sowjet ist nicht nur Organ der Gesetzgebung, sondern zugleich auch Verwaltungsorgan. Diese seine Tätigkeit ist besonders im Anfang von entscheidender Bedeutung. Sobald ein verlässlicher roter Verwaltungsapparat aufgebaut ist, ist die ständige Kontrolle des Arbeiterrates über diese rote Bürokratie von größter Bedeutung, um die mit dieser unvermeidlich verbundenen andauernden Gefahren stets in Schach zu halten.

Die Adler & Co waren bestrebt, dem Arbeiterrat den Kampfcharakter

zu nehmen, ihn in ein "Organ der Diskussion innerhalb des Proletariats" und in ein "Organ der proletarischen Selbstverwaltung" zu verwandeln. Sie zogen den Arbeiterrat von seiner eigentlichen Aufgabe, der Lösung der Machtfrage, auf Nebengeleiste ab, um das revolutionäre Instrument dort leerlaufen, tot laufen zu lassen. Demgegenüber gelten die Worte Lenins: "Der Sowjet ist kein Parlament und kein Organ der proletarischen Selbstverwaltung, überhaupt kein Organ der Selbstverwaltung, sondern eine Kampforganisation zur Erreichung bestimmter Zwecke".... "Dem Wesen nach bildet er ein inoffizielles, breites Kampfbündnis der Sozialisten (das ist der proletarischen Revolutionäre, der Verf.) und der revolutionären Demokratie (das ist der kleinbürgerlichen Demokratie, also der kleinbürgerlich "sozialistischen" Parteien wie Menschewiken, Sozialrevolutionäre, Sozialdemokratie, "Revolutionäre Sozialisten", Stalinpartei usw.)".... "Die Arbeiterdelegiertenräte und ähnliche Institutionen müssen betrachtet werden als Organe des Aufstands, als Organe der revolutionären Gewalt. Diese Organe können von sicherem Nutzen sein nur im Zusammenhang mit der Entfaltung des proletarischen Massenstreiks und des Aufstands".... "Die Sowjets sind Kampfinstrumente des Proletariats und die Form des proletarischen Staates".

Schon aus dieser Rolle ergibt sich, dass sie nur bei wirklich aufsteigender revolutionärer Bewegung ins Leben gerufen werden dürfen. Ohne diese Grundbedingung würden die Arbeiteräte unvermeidlich kompromittiert werden.

Der Sowjet kann seine revolutionäre Rolle nur unter Führung der proletarischen Klassenpartei erfüllen. Mittels des proletarischen Staatsapparats, mittels der Sowjets, mittels der proletarischen Massenorganisationen (Gewerkschaften usw.) verwirklicht das Proletariat unter Führung seiner Klassenpartei die Diktatur der Arbeiterklasse.

Die Sozialdemokratie verschwindet die unumgänglich notwendige Führung der Klasse durch die Klassenpartei, des proletarischen Staates durch die proletarische Klassenpartei in die "Diktatur der Partei über die Klasse". Die Diktatur der Stalinbürokratie scheint ihr recht zu geben. Aber die Stalinbürokratie, die Stalinpartei, die Stalininternationale sind der proletarischen Klassenpartei so entgegengesetzt, wie der stalinsche Verrat entgegengesetzt ist der proletarischen Revolution.

N. FORMEN DER SCHWINDELDIKTATUR.

"Die revolutionäre Diktatur des Proletariats und des Bauerntums", das war die leninsche Lösung unter den Bedingungen der bürgerlichen Revolution. Schon 1905 warnte er vor der Verweichung mit der "sozialistischen Diktatur der Arbeiterklasse". Noch im selben Jahr arbeitete er den Unterschied wie folgt heraus:

"Das Proletariat muss den demokratischen Umsturz zu Ende führen, indem es die Masse der Bauernschaft an sich zieht, um den Widerstand des Absolutismus gewaltsam zu zerstreuen und die schwankende Haltung der Bourgeoisie zu paralysieren --- das Proletariat muss den sozialistischen Umsturz vollziehen, indem es an sich heranzieht die Masse der halbproletarischen Elemente der Bevölkerung, um den Widerstand der Bourgeoisie gewaltsam zu zerstreuen und die schwankende Haltung des Bauerntums und des Kleinbürger-tums zu überwinden".

Ein Teil der Bolschewiken, darunter auch Stalin, klammerte sich selbst nach der Februarrevolution 1917, also selbst als der gesellschaftliche Umwälzungsprozess bereits die proletarische Revolution auf die Tagesordnung gestellt hatte, an diese alte Lösung. In seiner berühmten Rede in der Konferenz der Boschewiken am 4. April 1917 gleich nach seiner Ankunft in Petersburg geht Lenin mit dieser doktrinären, gefährlichen Auffassung ins Gericht. "Die bürgerliche Revolution ist geschlossen", führt er aus, "wer jetzt blos von der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft faselt, der bleibt hinter dem Leben zurück, der ist dadurch in Wirklichkeit zur Kleinbourgeoisie übergegangen gegen den proletarischen Klassenkampf".... "def wiederholt sinnlos gewordene, überholte Formeln".... Lenin verlangt die Spaltung der Landarbeiter und der ärmsten Bauern von den Landwirten..."Der Angelpunkt im gegenwärtigen Moment ist die Freiheit der proletarischen Linie von der kleinbürgerlichen!", ruft er. Vor dem Proletariat steht jetzt die proletarische Revolution, darum gibt Lenin die Lösung: "Die Macht in die Hand des Proletariats und der ärmsten Bauernschichten!"

Unter den Bedingungen der bürgerlichen Revolution, dort wo das Proletariat die Aufgabe, die bürgerlich demokratische Revolution zu Ende zu führen auf sich nehmen muss, ist also kraft der geschichtlichen Aufgabe, kraft der Klassenverhältnisse, vor die es eben darum gestellt ist, die Lösung der "revolutionären Diktatur der Arbeiter und Bauern" durchaus richtig.

Sobald aber einmal die bürgerliche Revolution vollzogen ist, sobald die politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Verhältnisse des Feudalismus hinweggefegt sind, sobald also die proletarische Revolution auf der Tagesordnung gestellt ist, wird die Lösung der "revolu-

tionalären Diktatur der Arbeiter und Bauern" unweigerlich ein Mittel die Arbeiter hineinzulegen, zu beschwindeln, zu verraten.
Die wichtigsten Formen der Schwindeldiktatur sind:

**I. DIE "DIKTATUR DER DEMOKRATIE"; DIE "DEMOKRATISCHE DIKTATUR";
DIE "DIKTATUR DER MITTE";**

Unter dieser Lösung hilft die SP der Bourgeoisie die bürgerliche Demokratie zu liquidieren, den Übergang von der demokratisch verhüllten zur unverhüllten kapitalistischen Diktatur zu vollziehen.

Unter der Schwindellosung "Verteidigung der Demokratie gegen rechts und links!" halfen die Seetzing & Co., die braune Diktatur in Deutschland einzurichten.

Mit ähnlichen Schwindellosungen half die Österreichische SP beim Einrichten der Dollfuss-Diktatur vor und nach dem März 1933. Was die SPD mit tätiger Offenheit vollzog, tat die SPO mit schlau getarnter Tolerierungspolitik.

Heute arbeiten mit ähnlichen Schwindellosungen tschechische und deutsche SP in der Tschechoslowakei, der offenen kapitalistischen Diktatur auch dort den Boden bereitend (siehe das Ergebnis der Maiwahlen in CSR 1935). In der Politik kommt es nicht darauf an, wie sich die Dinge in den Köpfen der Betrüger malen, noch weniger darauf, mit welchen schönen Etiketten sie ihren Schwindel versehen, sondern darauf kommt es an, wohin die Dinge wirklich gehen. Sie gehen auch in CSR zur offenen kapitalistischen Diktatur).

Es gibt keine "Diktatur der Mitte", keine "Diktatur der Demokratie" und dergleichen, sondern es gibt nur die kapitalistische und die proletarische Diktatur, zwischen denen es keine "mittlere Diktatur" nicht gibt, nicht geben kann. Alles, was sich als "Mitte" zwischen den beiden ausgibt, ist elender Betrug an den Arbeitern.

II. DIE "DIKTATUR DER WERKTÄTIGEN".

Dass die SP mit ihrer ganzen Politik Schiffbruch erlitten hat, ändert nichts an ihrem Bedürfnis, wieder in die Höhe zu kommen. Das kann sie natürlich nur auf dem Rücken der Massen.

Wie die Arbeitermassen für die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie einspannen, ohne die Massen merken zu lassen, dass es nur um die Wiederherstellung der kapitalistischen Demokratie geht und um nichts anderes?! Dazu sind Lösungen notwendig, die für die Arbeiter so aussehen, als ginge es um die Diktatur der Arbeiterklasse; während sie in Wirklichkeit nur bezwecken, den liberalen Teil des Kleinbürgertums auf dem Rücken der Arbeitermassen neuerlich in die Höhe zu bringen; letzten Endes darauf hinauslaufen, der Kapitalistenklasse dann das Heft wieder fest in die Hände zu spielen.

Nach dem Februar 1934 grub die Österreichische SP zunächst die alte leninsche Lösung der "revolutionären Diktatur der Arbeiter und Bauern" von 1905 aus. In ihrem "Sozialistischen Aktionsprogramm der RS" (Juni 1935) hat sie dies Formel erersetzt durch die Lösung der "Diktatur der Werktägigen".

Unter diesen "Werktägigen" sind inbegriffen die Grossbauern, also die Dorfbourgeoisie, die Mittelbauern im Dorf und die kleinen und mittleren Unternehmer in der Stadt, also klein- und mittelkapitalistische Schichten, die Landarbeiter, Knechte, Mägde, Lohnarbeiter ausbeuten.

Die Diktatur des Proletariats ist undurchführbar mit kapitalistischen Elementen. Sie muss hundertprozentig ausgerichtet sein gegen die Grossbauern, die zu den profitgierigsten, verbissensten, brutalsten Kapitalisten gehören.

Sie muss die Mittelbauern in den Dörfern und die kleinen Unternehmer in den Städten neutralisieren.

Stützen kann sich die proletarische Diktatur ausschließlich auf die Arbeiterklasse und unter deren Hegemonie (Führung) auf die armen Kleinbauern in den Dörfern, auf die armen Kleinbürger in den Städten, also nur auf die echten Mittelmassen, die keine fremde Arbeitskraft ausbeuten.

("Antifaschistische Regierung", "Antifaschistische Revolution", "Regierung der vom Faschismus bedrückten Volksschichten und Parteien", "Volksregierung", "Volkfrontregierung" usw. sind Schwindellosungen der SP (RS)/KP, womit sie vor dem Proletariat betrügerisch verdecken wollen, dass es ihnen einzig und allein um die Herstellung einer Koalitionsregierung mit kapitalistischen Schichten geht).

III. DIE "ARBEITER- UND BAUERNREGIERUNG", "ARBEITERREGIERUNG" UND GLEICHEN.

Um auszudrücken, dass der proletarische Staat auch für die breite Masse der armen Bauern, der armen Kleinbürger regiert und sich auf das Bündnis des Proletariats mit der armen Mittelmasse in Dorf und Stadt stützt wurde für die Diktatur des Proletariats auch die Lösung der "Arbeiter-Bauernregierung" geprägt. Diese Formel hat gewiss agitatorische V.

ist den armen Mittelmassen verständlicher. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass die mit dieser Lösung verbundenen politischen Gefahren viel grösser sind.

Die sozialdemokratischen, insbesondere aber die stalinischen Parteien verwenden diese Lösung so, als sei die "Arbeiter- und Bauernregierung" eine Übergangsform von der kapitalistischen zur proletarischen Diktatur. (So ist zum Beispiel die Lösung der "Arbeiter- und Bauernregierung" auch in dem Aktionsprogramm enthalten, das die tschechische KP im Dezember 1934 als Grundlage der von ihr angeregten "Sozialistischen" Aktionsgemeinschaft der beiden sozialdemokratischen Parteien, der nationasozialen Partei (Benesch) und den Kleinbauerorganisationen in der Tschechoslowakei vorgeschlagen hat).

In Wirklichkeit ist jede "Übergangsform" zwischen der Diktatur des Proletariats und der Diktatur der Bourgeoisie blanker Schwindel! Ob "Sozialdemokratische Mehrheits- oder Minderheitsregierung", ob "Sozialistische Mehrheits- oder Minderheitsregierung", ob "Sozialdemokratische Alleinregierung", ob "Sozialistisch-kommunistische" Koalitionsregierung, ja sogar ob "Kommunistische" (lies: stalinistische) Alleinregierung - solange der Staatsapparat klassenmäßig kapitalistisch zusammengesetzt ist, ist und bleibt der Staat kapitalistischer Staat, kapitalistische Diktatur, mag die regierende Spitze sich wie immer nennen, wie immer zusammengesetzt sein, mögen auch einzelne Kommandohöfen und Knotenpunkte in der Staatsapparate umbesetzt sein.

Ist der kapitalistische Staatsapparate durch die proletarische Revolution zerschlagen und die proletarische Staatsapparate aufgebaut, dann ist es proletarische Diktatur und keine "Arbeiter- und Bauernregierung".

Es ist also besser, auf den agitatorischen Vorteil zu verzichten, um den opportunistischen Missbrauch, wie ihn Sozialdemokratie und Stalinismus mit diesen und ähnlichen Lösungen planmäßig betreiben, zu erschweren, zu durchkreuzen.

Dagegen steht der Bezeichnung des proletarischen Staates als "Arbeiter- und Bauernstaat", als "Arbeiter- und Bauernrepublik" nichts im Wege. Dadurch wird ohne opportunistische Gefahr gut hervorgehoben, dass der proletarische Staat eine Diktatur zu Gunsten nicht nur der Arbeitermassen, sondern auch der armen Mittelmassen in Dorf und Stadt ist.

Mit aller Schärfe sagt Lenin: "In der kapitalistischen Gesellschaft bei einiger Verschärfung des ihr zugrundeliegenden Klassenkampfes, kann es kein mittleres Ding geben zwischen Diktatur der Bourgeoisie und des Proletariats!"

Nur in der unentwickelten kapitalistischen Gesellschaft, wo vor dem Proletariat erst die Aufgabe steht, die politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Hindernisse, die der Feudalismus dem Aufstieg der Arbeiterklasse, dem gesellschaftlichen Aufstieg entgegenstellt, wegzufegen, nur da ist die Lösung der "revolutionären Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft", der "Diktatur der Werktagigen" zulässig, richtig, selbstverständlich begleitet von der Propaganda für die proletarischen Diktatur. Solche Bedingungen bestehen heute vielleicht noch für einige Zeit in Indien, aber jedenfalls nicht mehr in China und schon gar nicht in Italien, Deutschland, Österreich, Spanien.

Dadurch, dass der Faschismus siegt, dadurch also, dass die Bourgeoisie ihre kapitalistische Diktatur zur schärfsten Form erstrafft, zur faschistischen Diktatur, dadurch wird das Proletariat keineswegs zurückgeschleudert zu der Aufgabe, die bürgerliche Revolution zu Ende zu führen. Denn diese ist längst schon "zu Ende geführt"! Es wäre lächerlich, davon zu reden, dass nach der Aufrichtung der offenen kapitalistischen Diktatur die Grundaufgabe der Arbeiterklasse etwa darin bestünde -- der Bourgeoisie zu helfen den Feudalismus hinwegzufegen... Die Bourgeoisie greift zur faschistischen Diktatur nicht, um vom Kapitalismus zum Feudalismus zurückzukehren, sondern um das kapitalistische System trotz der Krise des Kapitalismus zu behaupten. Das Proletariat steht gegenüber der faschistischen Diktatur nicht vor der Aufgabe der Liquidierung eines nichtbestehenden Feudalismus, sondern vor der Aufgabe der Liquidierung des bestehenden Kapitalismus. Die Tatsache, dass unter Umständen der Grossgrundbesitz diese Gelegenheit benutzt, sein Gewicht innerhalb der Kapitalistenklasse zu verstärken, ist taktisch wichtig, weil dadurch die Reibungen innerhalb der Gesamtbourgeoisie vergrössert werden. Doch diese wichtige Verschiebung ist keine Rückkehr zum Feudalismus.

(Im Erfinden und Verwenden von Lösungen der Söhwindeldiktatur tie wird die Sozialdemokratie heute vom Stalinismus sogar übertroffen.)

O. DIE VERGÄNGLICHKEIT DES STAATES.

Der Staat ist nichts Ewiges. Indem der proletarische Staat schliesslich die Spaltung der Gesellschaft in Klassen aufhebt, liquidiert er sich selbst und damit den Staat. Im vollendeten Kommunismus wird es wohl eine Verwaltungsorganisation der Menschheit geben, aber keinen Staat, keine Herrschaftsorganisation, keine Machtorganisation zur Herrschaft einer Klasse über andere Klassen, sondern nur eine Organisation aller Menschen

ohne Unterschied als Gleiche unter Gleichen. Das besagt nicht, dass die Unterschiede zwischen den Menschen beseitigt sein werden. Solche wird es immer geben. Aber das besagt: dass die Produktion so entfaltet sein wird, dass jedem Menschen ein wahrhaft menschenwürdiges Da-sein gesichert sein wird; dass die Arbeit so verteilt, so verdrückt sein wird und die Bildung jeden Einzelnen so hoch gehoben, dass alle Menschen ökonomisch und politisch nicht nur gleiche Rechte haben werden, sondern tatsächlich auch in der Lage sein werden, von diesen ihren Rechten, den für die ganze Menschheit und jeden Einzelnen zweckmässigsten Gebrauch zu machen. Dadurch wird der Kampf der Menschen um ihre Erhaltung, um ihren Aufstieg nicht aufgehoben. Aber während sie diesen Kampf um ihre Geltung innerhalb der Gesamtnatur heute so führen, dass sie sich gegenseitig zerfleischen und schwächen, werden sie im vollendeten Kommunismus, denselben Kampf führen als planmässig organisierte Einheit, als solidarisch konstituierte, untereinander wirklich brüderlich handelnde Menschheit.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX